



D

JAHRESBERICHT

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

2000



INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ

DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ

Die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz beläuft sich auf rund 1,4 Milliarden Franken pro Jahr, das sind ungefähr 0,33 Prozent des Brutto-sozialprodukts oder täglich 54 Rappen pro Einwohner. Sie umfasst alle vom Bund, den Kantonen und Gemeinden für die Entwicklungsländer, die internationalen Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen zu Vorzugsbedingungen bereitgestellten Mittel.

Welches sind ihre konkreten **Ziele**? Im Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die Entwicklungszusammenarbeit und die internationale humanitäre Hilfe wird festgehalten: «Sie unterstützt die Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben.»

Im März 1994 definierte der Bundesrat in seinem Bericht zu den Nord-Süd-Beziehungen der Schweiz in den 90er Jahren das Leitbild der **Entwicklungspolitik**. Daraus gingen vier Hauptthemen hervor: Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit, Förderung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat; Förderung der Wohlfahrt und bessere Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum; Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit namentlich für die Frauen; und schliesslich Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Auf eidgenössischer Ebene sind zwei Bundesämter für Konzept und Umsetzung der Entwicklungshilfe zuständig: die **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**, die zum Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gehört, und das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** im Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Ihre wichtigsten Instrumente sind technische Zusammenarbeit, Finanzhilfe, Wirtschafts- und Handelsmassnahmen sowie humani-

täre Hilfe. Die DEZA koordiniert die Aktionen

Die **DEZA** umfasst vier Bereiche: Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit mit Osteuropa. Sie erbringt ihre Leistungen mit einem Jahresbudget von ungefähr 1,1 Milliarde Franken und über 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland durch direkte Aktionen, Unterstützung von Programmen multilateraler Organisationen, durch Mitfinanzierungen und Beiträge an Programme schweizerischer und internationaler Hilfswerke.

Ziel der **Entwicklungszusammenarbeit** ist die Armutsbekämpfung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert namentlich die wirtschaftliche und staatliche Eigenständigkeit, trägt zur Verbesserung der Produktionsbedingungen bei, hilft bei der Bewältigung von Umweltproblemen und sorgt für besseren Zugang zur Bildung und gesundheitlichen Grundversorgung der am meisten benachteiligten Bevölkerung.

Leben retten und Leiden lindern ist der Auftrag der **Humanitären Hilfe** des Bundes. Sie leistet nach Naturkatastrophen und bei bewaffneten Konflikten direkte Hilfe durch Einsätze des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) und unterstützt humanitäre Partnerorganisationen.

Die **Länder Osteuropas** und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) unterstützt die DEZA auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Wissenstransfer und Beiträgen zu Problemlösungen.

Während die humanitäre Hilfe bedarfsbezogen dort geleistet wird, wo sie am notwendigsten ist, konzentriert sich die bilaterale Entwicklungszusam-

menarbeit auf 17 Schwerpunktländer und -regionen sowie vier Länder mit Spezialprogrammen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die technische Zusammenarbeit mit Osteuropa konzentriert sich auf zehn Länder in Südosteuropa und der GUS. Multilateral arbeitet die DEZA insbesondere mit den Organisationen des UNO-Systems, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen. Gesamthaf sind über 900 mehrjährige Programme und Projekte in Arbeit.

Das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** seinerseits definiert die Wirtschafts- und Handelsmassnahmen der Entwicklungszusammenarbeit: Mischkredite, an denen sich sowohl der Bund wie die Schweizer Banken beteiligen, Zahlungsbilanzhilfen, Anstrengungen für die Handelsförderung und, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, Aktionen im Bereich Basisprodukte. Ein wesentlicher Teil dieser Massnahmen ist für die Länder Osteuropas und der GUS vorgesehen. Das seco ist ausserdem der Hauptakteur in der Entschuldungsstrategie, welche für die am stärksten verschuldeten Länder ausgearbeitet wurde.



INHALT

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

- 2 **EDITORIAL**
Das multilaterale Vorgehen in der Entwicklungszusammenarbeit:
Eine Hilfe, die immer nötiger wird

DAS MULTILATERALE VORGEHEN

- 4 **EINLEITUNG**
Die Zielgruppen teilnehmen lassen
- 5 **STRATEGIE**
Ein Aktionsplan zum Abbau der Armut in Mosambik
- 6 **DIALOG**
Eine Pilot-Initiative in Bolivien
- 7 **KOORDINATION**
Die Schlüsselrolle des UNDP
- 8 **MEDIZINISCHE FORSCHUNG**
Kampf gegen die Cholera in Bangladesch
- 9 **LANDWIRTSCHAFTLICHE FORSCHUNG**
Die Biodiversität des Reises bewahren

DER TRANSFER VON UMWELTECHNOLOGIE

- 10 **EINLEITUNG**
Umweltfreundlichere Produktionsweisen erlernen
- 11 **KOLUMBIEN**
Die Kunst des sanften Kiesabbaus
- 12 **EL SALVADOR**
Lösungen für eine Düngerfabrik finden
- 13 **VIETNAM**
Das Engagement einer Papierfabrik für Ökoeffizienz
- 15 **STATISTISCHER TEIL**
Tabellen und Grafiken

DAS MULTILATERALE VORGEHEN IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: EINE HILFE, DIE IMMER NÖTIGER WIRD

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit hat im Verlaufe des Globalisierungsprozesses an Bedeutung gewonnen. Viele Herausforderungen in der Wirtschaft, im Umgang mit natürlichen Ressourcen, im Gesundheits- und Sicherheitsbereich sind von globaler Bedeutung. Die damit verbundenen Probleme können immer weniger nur auf nationaler oder regionaler Ebene gelöst werden, weil sie die Kapazitäten einzelner Staaten übersteigen.

Die Schweiz misst daher der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit eine wachsende Bedeutung zu. Dabei ergänzen sich multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit, denn sie verfolgen die gleichen Ziele: die Bekämpfung der Armut, gute Regierungsführung, Schutz der natürlichen Ressourcen, Entschuldung, Gleichstellung von Mann und Frau. Finanziell macht das Engagement über multilaterale Organisationen einen Drittel der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz aus. So wurden im Jahr 2000 über 330 Millionen Franken für Programme der UNO und der Bretton Woods-Institutionen zur Verfügung gestellt. Von dieser Summe waren 170 Millionen Franken der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe der Vereinten Nationen zugeordnet, womit die Schweiz zu den zwölf wichtigsten Gebern gehört.

Auch multilaterale Hilfe muss effizient sein

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich konkretes Engagement in zahlreichen Sektoren, welche das Alltagsleben der ärmsten Bevölkerungsschichten betrifft. Deshalb stellt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in diesem Jahresbericht Beispiele vor, welche einige der vielfältigen Facetten der multilateralen Zusammenarbeit widerspiegeln. Dabei werden die Hauptpartner der Schweiz präsentiert. Um eine zu grosse Zersplitterung der





Ressourcen zu vermeiden, hält sich die DEZA bei der multilateralen Hilfe an das gleiche Prinzip wie bei der bilateralen Hilfe: die Mittel konzentrieren, um die bestmöglichen Resultate zu erreichen.

Die Schweiz beschränkt sich aber nicht auf die Rolle des Gebers und Beobachters von aussen. Dank ihrer Präsenz in mehreren Führungsorganen beteiligt sie sich an den Beschlüssen und nimmt ihr Recht in Anspruch, die Realisierung von Programmen und Projekten zu verfolgen. Die Institutionen der multilateralen Zusammenarbeit spielen ausserdem die zentrale Rolle bei der Festlegung der künftigen Herausforderungen der Menschheit: der nachhaltige Abbau der Armut, der Zugang zu Wasser, der Transfer von Wissen und Technologie, der Kampf gegen Aids, der Umweltschutz.

Die DEZA und das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) nehmen an den Foren und den grossen internationalen Konferenzen zu diesen Themen teil. Ihre Programme gehen jedes Jahr stärker auf die Forderung nach einer besseren Koordinierung der Aktivitäten und nach einer Nutzung von Synergien ein, welche von den multilateralen Hauptakteuren gefordert werden. Die beiden Ämter definieren gemeinsam die Politik der multilateralen Hilfe.

Die Auswirkungen der Industrie auf die Umwelt so gering wie möglich halten

Bei der bilateralen Hilfe ist jedes Amt mit einem definierten Bereich betraut. Das seco leitet einen Teil der Programme im Zusammenhang mit der Umwelt. Deshalb hat es beschlossen, in diesem Bericht die mit dem Transfer von Umwelttechnologien zusammenhängenden Herausforderungen zu beschreiben.

Für das seco ist der Umweltschutz eine der Prioritäten in seinen Programmen. Der Umweltschutz muss in den Entwicklungsländern mit rascher Expansion zu oft den Forderungen nach industriellem Wachstum und Stellenschaffung weichen. Die Eingriffe in die Umwelt werden immer schwerwiegender und im Allgemeinen weist die Gesetzgebung, welche die industriellen Aktivitäten regelt, Lücken auf. Die Schweiz ihrerseits hat, indem sie seit vielen Jahren eine strenge Politik des Umweltschutzes verfolgt, in Technologie und Gesetzgebung wertvolle Erfahrungen gesammelt.

Konzepte zu Umwelteffizienz, Abfallverminderung, Verschmutzungsprävention und saubererer Produktion («Cleaner Production») werden mittels Zentren für sauberere Produktion («Cleaner Production Centers»), welche lokalen Unternehmen Informationen und Know-how vermitteln, in die Entwicklungsländer exportiert. Ziel ist es, die Produktionskosten zu senken, die Gesundheit der Menschen zu schützen und die Auswirkungen auf Ressourcen und Umwelt so tief wie möglich zu halten. Die Technologien der «Cleaner Production» erlauben es, den Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Wasser zu reduzieren, die Anwendung giftiger oder chemischer Produkte teilweise oder ganz zu eliminieren und die Erzeugung von Abfällen zu vermindern. Alle diese Massnahmen tragen zu einer wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Entwicklung bei.

Walter Fust
Botschafter
Direktor der DEZA

David Syz
Staatssekretär
Direktor des seco



DIE ZIELGRUPPEN TEILNEHMEN LASSEN



Die Schweiz leistet über die multilaterale Hilfe einen Beitrag sowohl an die internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank (WB) und regionale Entwicklungsbanken als auch an das System der Vereinten Nationen. Die fünf folgenden Beispiele zeigen einige Aspekte dieser Hilfe auf, welche auf die Notwendigkeit eingehen, die Mittel zu konzentrieren, um den weltweiten Herausforderungen gerecht zu werden.

Die beiden ersten Artikel beschreiben ein neues Vorgehen im Kampf gegen die Armut, das im September 1999 von der WB und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgestellt wurde. Strategischer Rahmen für die Bekämpfung der Armut («Poverty Reduction Strategy Papers», PRSP) und Rahmen für Integrierte Entwicklung («Comprehensive Development Framework», CDF), so heissen die von den Bretton Woods-Institutionen erarbeiteten Mechanismen. Es geht darum, dass die Strategien zur Bekämpfung der Armut sowohl von den Behörden wie von den verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft in den Ländern selber ausgearbeitet werden.

Partnerschaft verbessern

Für die Geldgeber bedeutet dieses Vorgehen, dass sie die Regierungen und Bevölkerung, für welche die Entwicklungshilfe bestimmt ist, vermehrt anhören und ihnen bessere Partner sind. Werden diese Instrumente von WB und IWF gutgeheissen, ersetzen sie die Strukturanpassungsprogramme und führen zu einer Schuldenerleichterung. Nach dem Beispiel von Mosambik und Bolivien haben nun auch andere Länder ein PRSP oder ein CDF formuliert, und die Schweiz leistet mehreren Schwerpunktländern auf diesem Weg finanzielle Hilfe.

Der dritte Artikel macht die Bedeutung der Rolle des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) deutlich, das den verschiedenen Einheiten der UNO als Koordinationsbüro für die Entwicklungszusammenarbeit dient. Das UNDP erhält beinahe 60 Prozent des Schweizer Fonds, der für die Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen bestimmt ist. Es steht den Partnerländern mit Rat und Tat zur Seite bei der Bekämpfung der Armut, bei der guten Regierungsführung, beim Umgang mit der Umwelt und bei der Gleichstellung von Mann und Frau.

Die Bedeutung der Forschung

Eine weitere Facette der multilateralen Hilfe ist die Forschung. Die beiden nächsten Artikel befassen sich mit der medizinischen und der landwirtschaftlichen Forschung. Das Forschungszentrum in Bangladesch wurde zu einem Pionier im Kampf gegen die Cholera. Das Programm wurde während über 20 Jahren von der DEZA unterstützt und ist nun, angesichts der Bedeutung der internationalen Gesundheitsforschung, ins multilaterale Portefeuille aufgenommen worden. Das Zentrum hat in grossem Stil Wissen verbreitet, das oft als Grundlage für die Aktivitäten der Regierungen diente, die mit Epidemien von Durchfallerkrankungen konfrontiert waren.

Die Konsultativgruppe für internationale Landwirtschaftsforschung (CGIAR) will eine Landwirtschaft fördern, die in den Entwicklungsländern eine bessere Ernährungssicherung und eine nachhaltige Entwicklung gewährleistet. Priorität wird Projekten gegeben, die, wie das beschriebene Beispiel, eine internationale Dimension aufweisen. Die meisten Forschungszentren des CGIAR liegen in den Ländern des Südens.

EIN AKTIONSPLAN ZUM ABBAU DER ARMUT IN MOSAMBIK

Nahezu 70 Prozent der mosambikanischen Bevölkerung leben in Armut. Die Mehrheit der 19 Millionen Menschen im Land leiden unter dem Fehlen von Ressourcen und medizinischer Versorgung sowie unter Analphabetismus. Mosambik ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Erde, und seine Lage hat sich trotz eines Wirtschaftswachstums von über 10 Prozent zwischen 1996 und 1999 kaum verbes-

Das Gesicht der Armut

Bevor die Ziele festgelegt werden konnten, mussten die Orte der Armut in Mosambik festgestellt und einige Fragen beantwortet werden: Wer sind die Armen und warum? Aufgrund welcher Hindernisse können die Armen nicht am Wachstum teilnehmen? Wie können die von der Regierung ergriffenen Massnahmen noch wirksamer wer-

Verbesserung des Strassennetzes, der Energieversorgung und der Infrastrukturen ganz allgemein, um diese Regionen besser mit dem Rest des Landes zu verbinden und ihnen den Zugang zu den Märkten zu ermöglichen. Ausserdem wird zur Diversifizierung des Anbaus ermutigt, die kleinen Bauern werden besser ausgerüstet und das System des Grundbesitzes gesichert.



sert. Um dem Elend entgegen zu wirken, entwickelte die Regierung einen Aktionsplan für die Bekämpfung der Armut. Darin werden die Strategien formuliert und die Prioritäten festgelegt. Die Zivilgesellschaft, die demokratisch gewählten Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen beteiligen sich am Prozess und machen die Verbindung zwischen Politik und Armut deutlich. Der Plan dürfte im März 2001 als PRSP («Poverty Reduction Strategy Papers») von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds gutgeheissen werden und unter anderem zu einer Schulden-erleichterung führen.

den? Wie soll die Strategie zum Abbau der Armut mit dem makroökonomischen Rahmen in Einklang gebracht werden? Wie ist der wirtschaftliche und soziale Fortschritt messbar? Finanziert wurde die Ausarbeitung der Definition des nationalen Profils und der Provinzprofile der Armut von der DEZA.

Aufgrund der ersten Antworten kann festgestellt werden, dass 80 Prozent der Menschen in Mosambik, insbesondere die Armen, hauptsächlich von der Landwirtschaft leben. Eine erhöhte Produktivität in diesem Sektor sollte schnelle Auswirkungen auf die Armut haben. Deshalb muss in die ländlichen Gebiete investiert werden:

Ganzheitliche Sicht

Angesichts der Komplexität des Phänomens Armut sind auch andere Rahmenbedingungen wichtig. So will die Regierung, die Ausgaben im Bereich Ausbildung und Gesundheit erhöhen. Ferner verpflichtet sie sich, die Demokratie zu stärken und die öffentliche Sicherheit zu verbessern, um die Diskriminierung der Frauen und die regionalen Unterschiede abzubauen.

Diese Massnahmen werden eine langsame Änderung bringen. Die Umsetzung des PRSP wird ab 2001 über drei Jahre verteilt, das Ziel für die nächsten zehn Jahre ist der Abbau der Armut um 20 Prozent.

EINE PILOT-INITIATIVE IN BOLIVIEN



Bolivien hat vor einigen Jahren einen Reformprozess eingeleitet, dessen Hauptziel die Bekämpfung der Armut ist. Das Land, das als das ärmste Lateinamerikas gilt, hat eine Pionierrolle übernommen, denn es ist ihm auch gelungen, eine Strategie zu formulieren, an der alle Akteure der Wirtschaft und der Gesellschaft beteiligt sind: Regierung, Geldgeber, Zivilgesellschaft und Privatsektor. Diese Partner haben beschlossen, gemeinsam an einem Strick zu ziehen, um die Armut abzubauen und eine nachhaltige und gerechte Entwicklung zu sichern.

Als Erstes wurde festgestellt, dass eine Gesamtsicht der Probleme entscheidend ist, um Lösungen zu finden. Eine Plattform für den nationalen Dialog, an der seit 1997 alle Vertreter der bolivianischen Gesellschaft teilnehmen, führte erstens zur Einführung eines «nuevo marco» (neuer Rahmen), der die Beziehungen zwischen Regierung und Entwicklungsorganisationen regelt, und zweitens zu einem Aktions-

plan mit dem Namen «para vivir mejor» (für ein besseres Leben). Dieser Dialog steht auch Personengruppen offen, welche bisher nie am Entscheidungsprozess beteiligt waren. Auch die Gemeinden wurden bei der Festlegung der Ziele zu Rate gezogen.

Vielfältige Aktivitäten

Dieser auf fünf Jahre angelegte nationale Aktionsplan ist Teil des neuen Vorgehens der Weltbank und hat den Namen «Rahmen für Integrierte Entwicklung» («Comprehensive development Framework», CDF). Das Pilotprojekt besteht aus vier Pfeilern: Zweckmässigkeit, Gerechtigkeit, institutionelle Entwicklung und Würde. Diese Konzepte umfassen eine ganze Palette von Aktivitäten in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft, mit dem Ziel, Armut und Ausschluss abzubauen.

Zahlreiche Rahmenbedingungen sind miteinander verknüpft, und der Erfolg eines nationalen Projekts zur Bekämp-

fung der Armut hängt von mehreren Bedingungen ab. So kann zum Beispiel keine Gerechtigkeit erreicht werden, solange in der Verwaltung Korruption herrscht. Es hat keinen Zweck, eine neue Schule zu bauen, wenn es weder kompetente Lehrkräfte noch Schulmaterial gibt. Und wenn sich das Gesundheitswesen nicht vom Moment der Geburt an um die Menschen kümmert, werden später kränkelnde Kinder eingeschult. Ausserdem kommen die Bauern nie vom Kokainschmuggel los, wenn sie keine Alternativen erhalten.

Besser Koordinierung der Hilfe

Bolivien ist eines der ersten Länder, in dem das CDF Früchte trägt. Die Regierung arbeitet Umsetzungsprogramme im Sozialbereich aus. Die Resultate müssen regelmässig anhand von vorher festgelegten Indikatoren überprüft werden. Das CDF trägt sowohl aus der Sicht der Geldgeber wie der Regierung zu grösserer Effizienz der Entwicklungshilfe bei, indem es Unzulänglichkeiten und Doppelbesetzungen abbaut. Die DEZA leistete einen Beitrag zur Realisierung des nationalen Dialogs und ist auch am Prozess der Definierung des Aktionsplans beteiligt. Für die DEZA ist es wichtig, dass das CDF eine gewisse Flexibilität behält und nicht zu einer Zwangsjacke für das Land wird, in dem es umgesetzt wird.



DIE SCHLÜSSELROLLE DES UNDP

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ist eine sehr wichtige Institution in der UNO-Familie. Es ist Koordinator für die Entwicklungsaktivitäten der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) und spielt eine entscheidende Rolle zugunsten der ärmsten Länder. Es ist in 134 Ländern präsent, kann aber mit seinen Programmen in 168 Ländern durchaus als universell gelten. Das UNDP befasst sich mit konkreten Themen, welche das Ziel haben, das Schicksal der ärmsten Bevölkerungsschichten zu verbessern.

Gut vertretener Süden

Als politisch neutrales Organ spielt das UNDP in den Nord-Süd-Beziehungen eine Scharnierrolle. Anders als in den internationalen Finanzinstitutionen haben die Industriestaaten hier keine Vormachtstellung. Die Länder des Südens sind im UNDP besser vertreten und stärker einbezogen als in anderen Foren.

Jedes Jahr gibt das UNDP einen Bericht heraus, in dem der Stand der Entwick-

zu einer wichtigen Partnerschaft geführt. So ist die Schweiz sehr aktiv im Verwaltungsrat des UNDP. Und ihre Vermittlerrolle zwischen Nord und Süd wird allgemein geschätzt.

Seit mehreren Jahren zählt die Schweiz dem UNDP den höchsten Finanzbeitrag, den sie an eine UNO-Organisation leistet: 52 Millionen Franken. Das ist also weit mehr als die 17 Millionen an den UNO-Kinderhilfsfonds (UNICEF) oder die 11 Millionen an den UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA).



Seine Hauptziele sind die Bekämpfung der Armut, die gute Regierungsführung, ein nachhaltiger Umgang mit der Umwelt, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie Prävention und Lösung von Konflikten. Um diese Ziele mit der bestmöglichen Effizienz zu erreichen, setzt das UNDP den Akzent auf politische Beratung, auf die Stärkung der Kapazitäten der Länderprogramme, auf das Eintreten für eine menschliche, nachhaltige Entwicklung und auf eine bessere Koordination der Entwicklungsprogramme der verschiedenen UNO-Institutionen.

lung der Menschheit an verschiedenen Orten aufgezeigt wird. In dieser Referenzpublikation werden die Länder nach einem Indikator der menschlichen Entwicklung (IHD) klassiert, wobei nicht nur das Bruttosozialprodukt pro Einwohner – eine oft zu einseitige Angabe – sondern auch Lebenserwartung, Ausbildungsniveau und Lebensstandard berücksichtigt werden.

Präsenz der Schweiz

Die vom UNDP festgelegten Ziele entsprechen jenen, welche auch die Schweizer Entwicklungspolitik verfolgt. Diese ähnliche Ausrichtung hat

Mit diesem Beitrag steht die Schweiz an achter Stelle unter den UNDP-Gebern. Zu diesem Beitrag kommt eine direkte Zusammenarbeit der DEZA mit dem UNDP in verschiedenen Ländern. So beteiligt sich die DEZA an der Ausarbeitung einer Interventionseinheit bei Notfällen in Äthiopien, an der Verbesserung der Hygiene in städtischen Gebieten in Pakistan, an der Integration der Flüchtlinge, welche nach Ruanda zurückkehren, und an der Berufsausbildung für Arbeitslose in der Ukraine. Diese Beispiele zeigen, wie die Schweiz durch die multilaterale Hilfe in vielen Ländern präsent sein kann.

KAMPF GEGEN DIE CHOLERA IN BANGLADESCH



Cholera ist für die Menschen in den Entwicklungsländern nach wie vor ein grosses Problem. Jedes Jahr werden rund 300 000 Fälle gemeldet, mehr als 10 000 davon verlaufen tödlich. Im Kampf gegen die Krankheit wurde bereits 1960 ein Forschungszentrum in Bangladesch gegründet. Seither haben sich dessen Aktivitätsbereiche stark ausgeweitet, und heute konzentrieren sich die Bemühungen auf die Gesundheit der Kinder, die Ausbildung zur Hygiene, die Fortpflanzungsmedizin und die Problematik rund um Aids. Die Betonung liegt auf der angewandten Präventionsforschung.

Seit 1980 hat die DEZA über 25 Millionen Franken beigesteuert und ist damit einer der Hauptgeldgeber des Forschungszentrums für Gesundheit und Bevölkerung in Dhaka. Dieses, bekannt unter der Abkürzung ICDDR,B (Internationales Zentrum für Durchfallerkrankungen und -forschung, Bangladesch), hat bei der Reduktion der Kindersterblichkeit eine entscheidende Rolle gespielt, namentlich durch die Verbreitung der Formel «orale Rehydratation», welche seither auf der ganzen Welt angewandt wird.

Seine langjährige Erfahrung verlieh dem Zentrum einen ausgezeichneten Ruf in den Bereichen Ernährung, Kinderkrankheiten und Fortpflanzungsmedizin. Es beschäftigt rund 200 Forscherinnen und Forscher, von denen etwa 20 einen internationalen Ruf haben. Die DEZA verfolgt, als Mitglied des Stiftungsrats der Institution und mit Unterstützung der Universität Basel, die Arbeit des Zentrums genau.

Lebenswichtige Hygiene

Die ersten Forschungen vor 40 Jahren führten zu einem besseren Kenntnis von Durchfallerkrankungen und halfen, das Wissen um die Wichtigkeit der oralen Flüssigkeitszufuhr zu verbreiten. Cholera wird durch Vibrio-Bak-

terien hervorgerufen und auf oralem Weg weitergegeben, im Allgemeinen durch verseuchtes Trinkwasser oder Nahrungsmittel. Durchfall und Erbrechen führen schnell zu einer akuten Austrocknung. Ohne sofortige Behandlung führt die Krankheit zwei bis drei Tage nach den ersten Anzeichen zum Tod.

Die Forschungen zeigten auch, wie wichtig die Hygiene ist. Den Leuten wurden einfache, aber lebensrettende Handlungen eingetrichtert: Hände waschen, Wasser abkochen, Rohkost keimtötend behandeln, die Nahrungsmittel lange kochen. So lernten die Mütter, dass Cholera unterbunden werden kann, wenn sie einige Regeln befolgen und auf die ersten Symptome reagieren. Mit Flüssigkeitszufuhr kann ein Kind während der akuten Phase der Krankheit am Leben erhalten werden.

Die Bedeutung der Umwelt

Die Forscher zeigten auch, dass der Überträger der Krankheit vor allem in feuchtem Milieu gedeiht. In Bangladesch gibt es überall Wasser, und zahlreiche Gebiete sind gesundheitsgefährdend und fördern damit die Auslösung von Epidemien. Eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen ist deshalb die wirksamste Massnahme, um die Verbreitung von Cholera zu verhindern.



DIE BIODIVERSITÄT DES REISES BEWAHREN

Reis ist für die Hälfte der Menschheit das Grundnahrungsmittel. Diese Getreideart wird nun vermehrt erforscht, namentlich im Hinblick auf einen höheren Ertrag, um die Ernährungssicherung in den Produzentenländern zu gewährleisten. Das Internationale Reisforschungsinstitut (IRRI), das von der DEZA unterstützt wird, unternimmt seit über 40 Jahren grosse Bemühungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Reisbauern, insbesondere jener mit den tiefsten Einkommen. Eines der Mittel dazu ist die Bewahrung der Biodiversität.

trag auf dem Markt. Am begehrtesten und am weitesten verbreitet sind der Japanreis mit kurzem, rundem Korn sowie verschiedene parfümierte Reissorten: Basmati aus Pakistan und Indien, Jasmin aus Thailand.

Die Schaffung der ersten ertragsreichen Sorten in den 60er Jahren hatte die Lancierung der grünen Revolution zur Folge, deren Ziel es war, den Hungersnöten ein Ende zu setzen und die Produzentenländer zu Nahrungsmittel-Selbstversorgern zu machen. Über dem schönen Bild die-

Die Landwirtschaftsrevolution muss noch grüner werden: mehr Reis produzieren, aber mit weniger Erde, weniger Wasser, ohne Insektizide und ohne chemische Unkrautvertilger. Neue «Superreis-Sorten» sind in der Experimentierphase. Für jedes neue Saatgut werden Gene aus traditionellen Sorten eingesetzt, damit das genetische Potenzial nicht verloren geht. Dank dem Programm für die Biodiversität des Reises kann dieses Potenzial bewahrt werden.



In den heiligen hinduistischen Schriften, den Veda, werden über 500 000 Reissorten genannt. Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es in Asien noch rund 100 000 Sorten, was von der ausserordentlichen Biodiversität des Reises, einer Frucht mit langsamer Entwicklung, zeugt. Um diesen Reichtum zu bewahren, pflegt das IRRI nicht weniger als 86 000 Sorten. Dank der Selektion durch die Kreuzungen des Saatguts gibt es heute Reis mit hohem Er-

ser guten Periode für den Reisanbau liegt aber ein Schatten. Der grossflächige Einsatz von Pestiziden und Dünger hat schwerwiegende Folgen für die Umwelt.

Die Umwelt schonen

Mit dieser Feststellung stand das IRRI vor einer neuen Herausforderung: Es gilt, die Erhöhung der Produktivität mit Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen.

Das IRRI ist Mitglied des Netzes der Konsultativgruppe für internationale Landwirtschaftsforschung (CGIAR), dem 16 landwirtschaftliche Forschungszentren angehören. Es wird von 58 privaten und öffentlichen Mitgliedern finanziert und weist ein Jahresbudget von 320 Millionen Dollar auf. Der direkte Beitrag der Schweiz belief sich in den letzten 20 Jahren auf ungefähr 20 Millionen Dollar.



UMWELTFREUNDLICHERE PRODUKTIONSWEISEN ERLERNEN



In den Entwicklungs- und Transitions-ländern, in denen die Industrie rapid wächst, wird die Umwelt schwer und manchmal auf eine unwiderrufliche Weise geschädigt. Aber die zunehmende Globalisierung verpflichtet die Produzenten in diesen Ländern, die Umweltnormen besser zu respektieren. Um den Unternehmen bei der Erfüllung dieser Forderungen zu helfen, wird ihnen ein Konzept für umweltfreundlichere Produktionsweisen angeboten, das sich «Cleaner Production» nennt. Es geht darum, ihnen das Know-how in der Umwelttechnologie sowie Methoden zur Erfüllung der Umweltnormen zu vermitteln. Dieses Wissen wird durch «Cleaner Production Centers» (CPC) verbreitet, die das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) in einem Dutzend Ländern eingerichtet hat. Die Beispiele in diesem Bericht zeigen, dass die Bilanzen dieser Zentren vielversprechend sind.

Information und Beratung

Die CPC bieten zahlreiche Dienstleistungen an: Informationen über umweltfreundliche Technologien, technische Hilfe, Ausbildung, Umgang mit der Umwelt, Energieeffizienz und Ökodesign. Die Aktivitätsbereiche betreffen die Textil-, die Zement-, die Papier-, die Metall- und die Nahrungsmittelindustrie. Bei den vermittelten Informationen geht es vor allem um Luftreinhaltung, Abfallbewirtschaftung, Abwasserreinigung und um den effizienten Umgang mit der Energie.

Die Kunden sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen sowie Gemeinden. Die CPC funktionieren wie kommerzielle Einrichtungen, ihre Dienstleistungen müssen bezahlt werden. In den Ländern, in denen die Zentren ansässig sind, werden sie von Dachverbänden, Universitäten und Nicht-Regierungsorganisationen unterstützt.

Jedes CPC ist mit einem Referenzzentrum in der Schweiz verbunden, da unser Land über langjährige Erfahrung im Umweltschutz verfügt. Zurzeit spielen zwei Institutionen diese Führungsrolle: die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA) in St. Gallen und das Technologieinstitut der Fachhochschule beider Basel (FHBB) in Muttenz. Auch der Schweizer Privatsektor engagiert sich im CPC-Programm, so zum Beispiel die Produzenten umweltfreundlicher Maschinen und Technologien.

Nachhaltige Entwicklung

Das Konzept der «Cleaner Production» wurde ursprünglich vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Organisation für industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen (UNIDO) erarbeitet. Das Hauptziel sind Prävention und Reduktion der durch die Industrie verursachten Umweltverschmutzung mittels ökoeffizienter Produktionsweisen, und zwar schon vor und während des Produktionskreislaufes und nicht erst im Nachhinein. Das führt einerseits zu einer besseren Nutzung der natürlichen Ressourcen und zu einer Verringerung der Umweltverschmutzung, andererseits wird dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf dem internationalen Markt verbessert.

Die «Cleaner Production» leistet einen wichtigen Beitrag an die nachhaltige Entwicklung, insbesondere an eine effizientere Nutzung der Ressourcen, eine Verringerung der Schadstoffemissionen, eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Unternehmenspolitik, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Hilfe bei der Ausbildung. Für die Unternehmen kann sie einen Abbau der Kosten bedeuten, eine Verbesserung der Qualität ihrer Produkte, ein Ökolabel für eines ihrer Produkte oder dank der Reduktion der Umweltrisiken eine Wertsteigerung der Firma selber.

DIE KUNST DES SANFTEN KIESABBAUS

In Kolumbien setzen sich die Umwelt-normen beim Abbau von Kies langsam durch. Die Leistungen der Unternehmen im Umweltbereich verbessern sich nach und nach – dank dem Wissen, das die Spezialisten im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen der

Begehrte Auszeichnung

Unternehmen, welche einen Minimalstandard erreichen, erhalten die Auszeichnung «Cantera verde». Diese muss aber regelmässig erneuert werden. Bei den Verbesserungen geht es

einen positiven Einfluss auf die Gesundheit der Arbeitskräfte. Alle diese Änderungen werden dazu beitragen, dass die in der unmittelbaren Umgebung lebenden Menschen diese Art des Abbaus besser akzeptieren.

Durch das Programm, das 1999 begonnen wurde und bis Ende 2000 im ganzen Land verbreitet war, wurden die Infrastrukturen in diesem Bereich wesentlich verbessert. Die EMPA ist das Referenzzentrum. Das Zentrum für Umwelttechnologie in Medellin hat die Koordination übernommen, indem es mit den Branchenverbänden und den für die Umwelt zuständigen Behörden zusammenarbeitet. Der Aufbau dieses Netzes in Kolumbien ist besonders wichtig für die Zukunft, denn nach der ersten Phase der Hilfe durch die Schweiz wird Kolumbien das Projekt selber weiterführen müssen.

Das Beispiel Schweiz

Deshalb wurden neun Personen der kolumbianischen Kiesbranche im August 2000 für einen Informations- und Erfahrungsaustausch in die Schweiz eingeladen. Die Delegation erhielt insbesondere Auskünfte über die geltende Gesetzgebung. Sie besuchte auch sechs Kiesgruben. Aufgrund dieser Wegbereitung kann nun ein Wissenstransfer zwischen der Schweiz und Kolumbien eingeleitet werden.



Schweiz und Kolumbien weitergeben. Das Programm mit dem Namen «Canteraverde» (Grüner Steinbruch) hat die Verbesserung der Ökoeffizienz zum Ziel.

Die Unternehmen, welche sich dem Programm freiwillig anschliessen, können sich dank Anreizen einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz verschaffen. Am Anfang führen Experten des FSK (Schweizerischer Fachverband für Sand und Kies), welcher neben der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA) und der Gesellschaft EcoPartner GmbH am Projekt teilnimmt, Inspektionen durch. Diese bewirken eine Evaluation der Leistungen, gefolgt von Empfehlungen, welche eine bessere Qualität der Baumaterialien und die bessere Einhaltung der Umwelt- und Sicherheitsvorschriften gewährleisten sollen.

nicht nur um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens, sondern auch um dessen Leistungen zugunsten der Umwelt. Es wird dafür sorgen müssen, dass weder Grundwasser noch Erde oder Luft verschmutzt werden. Als weiterer Faktor wird die Qualität der Arbeitsplätze berücksichtigt. Staub-, Russ- und Lärmreduktionen haben



LÖSUNGEN FÜR EINE DÜNGERFABRIK FINDEN

Fertica ist eine grosse Düngerproduzentengruppe, welche in vielen zentralamerikanischen Ländern tätig ist. Ihre Filiale in Acajutla, El Salvador, ist daran, die bei der Herstellung ihrer Produkte entstehende Umweltverschmutzung abzubauen. Dazu erhielt sie die Unterstützung des nationalen «Cleaner Production Center» (CPC) sowie des Technologieinstituts der

Produktionsprozess optimieren

Verschiedene Probleme konnten bei einer Überprüfung des Werks aufgedeckt werden. Unangepasste Herstellungsmethoden und veraltete Einrichtungen führten zur Verschwendung von Rohstoffen und Energie sowie zu einer übermässigen Verschmutzung von Luft und Wasser und gefährdeten

Aktionsplans zur Reduktion der Umweltverschmutzung aufgenommen. Dieser Plan trat im Juli 2000 in Aktion. Die FHBB möchte den Firmen verschiedene kurz- oder langfristige Möglichkeiten bieten, um ihren Herstellungsprozess nachhaltig zu optimieren. Natürlich geht es dabei auch um die Erhaltung der Arbeitsplätze.



Fachhochschule beider Basel (FHBB) in Muttenz.

Der Weg von der Absichtserklärung zur Umsetzung der ersten Massnahmen war lang. Zuerst musste eine Bilanz erstellt werden für das Unternehmen, in dem, je nach der saisonal bedingten Nachfrage nach Dünger, zwischen 150 und 400 Personen arbeiten. Die Fabrik produziert Phosphatdünger, Superphosphate und Schwefelsäure, welche in die Nachbarländer exportiert werden. Als Rohstoffe werden vor allem Schwefel, Ammoniumsulfat, Harnstoff, Phosphate, Ammoniak und Pottasche verwendet.

damit Menschen und Umwelt. Die Überprüfung zeigte ferner, dass die Hygiene und die Sicherheit am Arbeitsplatz verbessert werden mussten, da die Gesundheit der Arbeitskräfte vor allem durch die grossen Mengen von Staubpartikeln, die sie einatmeten, gefährdet war.

Um bessere Resultate zu erhalten, schlug das CPC zusammen mit der FHBB, die als Referenzzentrum dient, der Leitung von Fertica eine Serie von 40 Massnahmen vor. Diese wurden nach wirtschaftlichen, ökologischen, technischen und organisatorischen Kriterien unterteilt. Was als vordringlich galt, wurde in die erste Phase des

Wissenstransfer

Die Aktivitäten des CPC hatten einen besonders interessanten Nebeneffekt: die Zusammenarbeit mit den Regierungsbehörden. Fertica ist in El Salvador nun an der Ausarbeitung der Umweltgesetzgebung beteiligt. Die durch das Projekt erworbenen Kenntnisse sind wertvoll, namentlich bei der Festlegung von Grenzwerten. Die FHBB hat die Operation etwas ausgebaut, indem sie den Behörden die Schweizer Gesetzgebung erklärte, welche in der Folge bei verschiedenen Punkten wie zum Beispiel der Reglementierung über die Wasserverschmutzung als Modell diente.

DAS ENGAGEMENT EINER PAPIERFABRIK FÜR ÖKOEFFIZIENZ

Die «Viet Tri Paper Company», eine vietnamesische Papierfabrik, ist eines der ersten Unternehmen dieses Landes, welche von den Dienstleistungen eines «Cleaner Production Center» (CPC) profitieren konnten. Die Resultate sprechen für sich: Erhöhung der Produktivität, Senkung der Betriebskosten und Reduktion des Schadstoffausstoßes. Sie zeigen, dass eine sauberere Produktion eine Etappe hin zur nachhaltigen Entwicklung ist.

1997 hat die Regierung mit der Privatisierung einiger Unternehmen im Industriesektor begonnen. Die meisten Einrichtungen sind veraltet und ineffizient. So hatte das vor zwei Jahren in Hanoi gegründete CPC keine Mühe, Unternehmen zu finden, welche bereit waren, sich einer Prüfung für saubere Produktion zu unterziehen. Die «Viet Tri Paper Company» ist eine von 13 Firmen, welche die erste Phase des vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) finanzierten Projekts eingeleitet haben.

Von der Theorie zur Praxis

Die Firma mit knapp 680 Angestellten hatte eine Person ernannt, welche die Kurse des CPC besuchte. Parallel zum Unterricht wurden die neu erworbenen Kenntnisse in der Firma angewandt. Internationale Experten helfen bei der Definition der Massnahmen, welche zu einer saubereren Produktion und zur Prüfung der finanziellen und technischen Machbarkeit nötig sind. Die nach Beendigung der Ausbildung im August 2000 vorgelegten Resultate zeigen, dass von 17 vorgeschlagenen Massnahmen elf eingeführt und drei im Gang sind. Für die drei letzten sind noch technische und finanzielle Nachprüfungen nötig.



Dank der Hilfe des CPC und einer Investition von knapp 18000 Dollar konnte diese Papierfabrik ihre Kosten um fast 160000 Dollar reduzieren und die jährliche Papierproduktion von 9000 auf 11000 Tonnen erhöhen. Gleichzeitig gab es um 30 Prozent weniger Abwasser. Die Gesellschaft führt ihre Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung fort. Bei der nächsten Etappe geht es darum, vom Stadium der «Cleaner Production» in jenes der «Cleaner Technology» überzugehen, wofür dann höhere Investitionen nötig sind. Das Beispiel der «Viet Tri Paper Company» muss die Unternehmen von Entwicklungsländern davon überzeugen können, dass das Konzept der Nachhaltigkeit nützlich und machbar ist, und dies auch bei begrenzten Mitteln.

Technologietransfer

Die 13 durchgeführten Überprüfungen brachten dem vietnamesischen CPC nützliche Kenntnisse für zukünftige Aktivitäten. Die Förderung der «Cleaner Production» ist entscheidend. Die Zusammenarbeit mit den Unternehmen hat zu weiteren Fragen hinsichtlich der «Cleaner Technology» geführt. Es zeigte sich, dass Hilfe in den Bereichen Entwicklung und Forschung nötig ist, und dass der Technologietransfer für die Verbesserung der Ökoeffizienz konkretisiert werden muss. Davon hängt der Erfolg einer nachhaltigen industriellen Entwicklung in Vietnam ab.

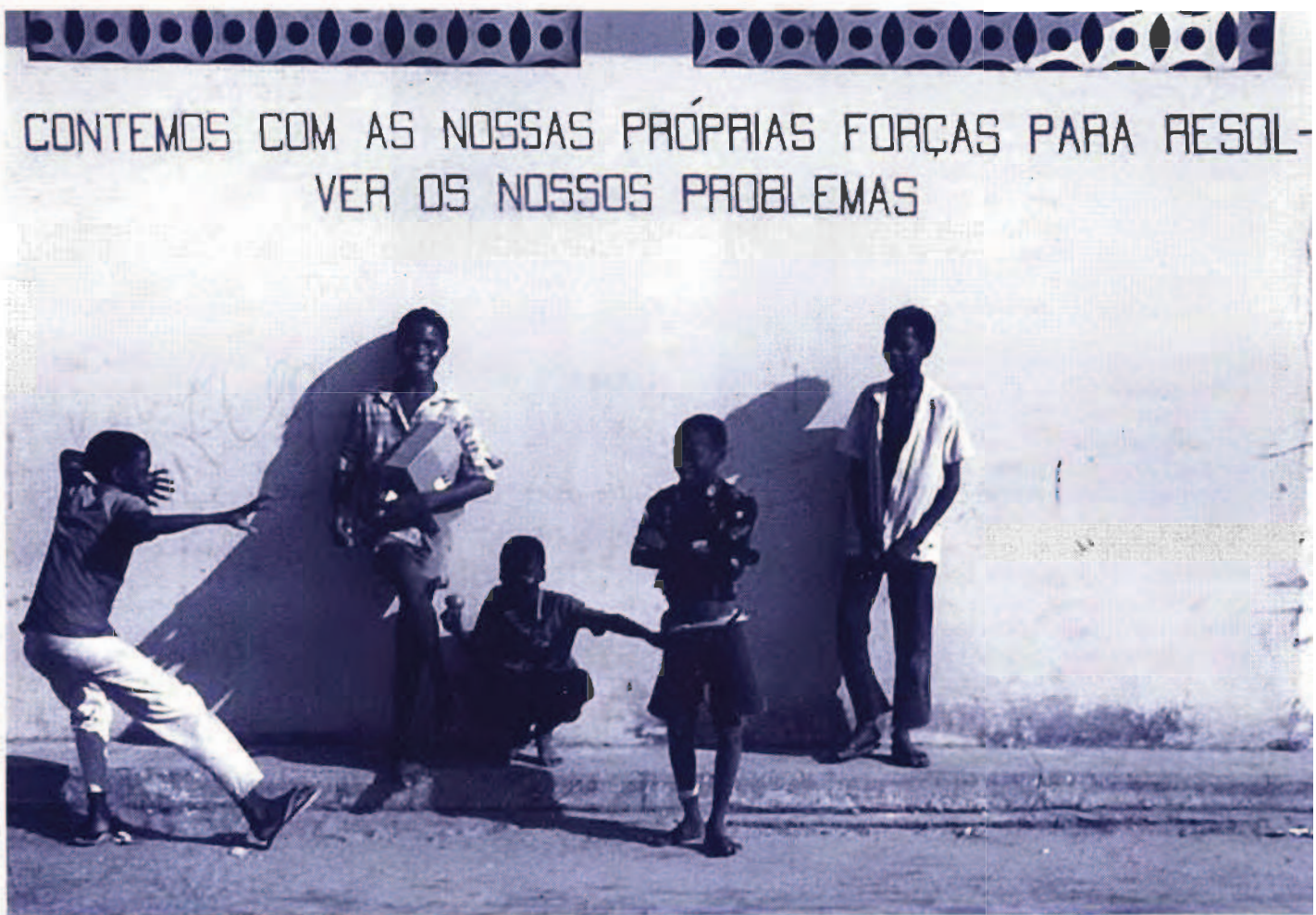


Tabelle 1
Überblick zur öffentlichen Hilfe der Schweiz 2000

Nach Definition der OECD ist die **öffentliche Entwicklungshilfe (APD)** die Gesamtheit der finanziellen Zuwendungen:

- Sie stammen von öffentlichen Organen (Bund, Kantone und Gemeinden).
- Sie sind abgestimmt auf die Bedingungen der Begünstigten (Schenkungen oder Darlehen zu günstigen Konditionen).
- Ihr vorrangiges Ziel ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.
- Sie sind bestimmt für die Länder und Regionen, die auf der OECD-Liste zu finden sind.

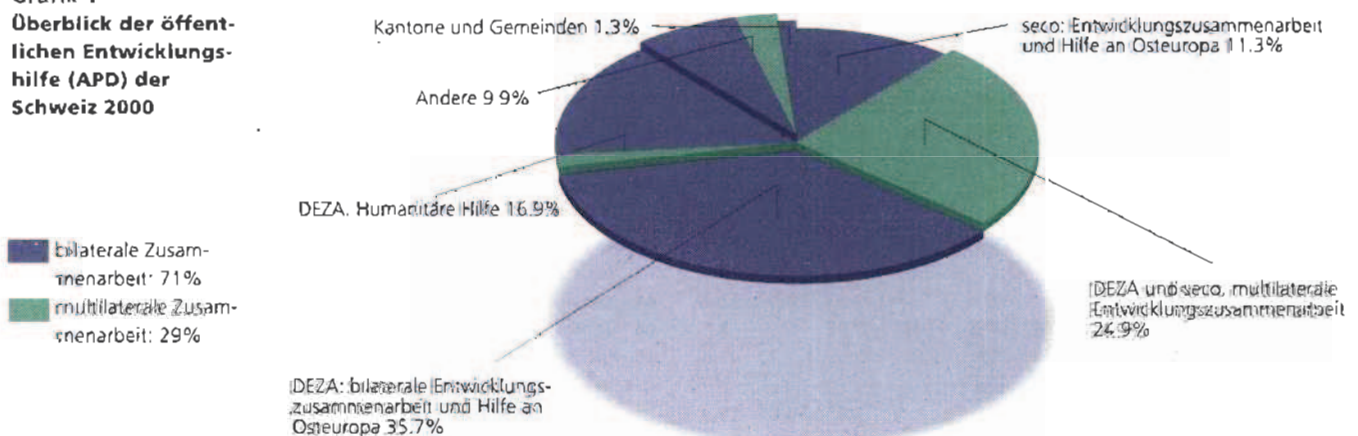
Diese Liste enthält 164 Länder und Regionen, die sich "in Entwicklung" befinden, in Europa gehören hierzu Ex-Jugoslawien, Albanien, Moldova, Malta und Gibraltar.

Die **öffentliche Hilfe** orientiert sich an vier gleich bleibenden Kriterien, doch die Länderliste variiert: Es handelt sich um so genannte Übergangsländer, um 12 Länder Zentral- und Osteuropas (mit Russland) und 13 Entwicklungsländer und -regionen, die als fortgeschrittener betrachtet werden (darunter befinden sich Israel, Hong Kong, die Bahamas, Singapur).

Finanzierungsquellen und Instrumente (Mio Fr.)	2000			1999	
	APD bilateral	APD multilateral	Öffentliche Hilfe	Total	Total
Bund	1'039.5	439.3	96.1	1'575.0	1'559.6
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)	763.3	369.1	42.2	1'174.8	1'178.0
Humanitäre Hilfe	228.0	24.5	9.6	262.2	308.7
Entwicklungszusammenarbeit ¹⁾	489.7	344.6	1.5	835.8	799.1
Zusammenarbeit mit Osteuropa	45.6		31.0	76.7	70.1
Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)	169.2	27.9	52.0	249.2	207.1
Entwicklungszusammenarbeit	104.9	27.9		132.8	110.3
Zusammenarbeit mit Osteuropa	64.2		52.0	116.3	96.8
Andere Departemente	106.9	42.1	1.8	150.9	174.4
Kantone und Gemeinden	19.9		1.8	21.7	22.6
Humanitäre Hilfe	4.2		0.1	4.4	4.3
Entwicklungszusammenarbeit	15.6		1.7	17.3	18.2
Total	1'059.5	439.3	97.9	1'596.8	1'582.3
Davon: Humanitäre Hilfe	311.6	24.5	9.7	346.0	403.5
Entwicklungszusammenarbeit	637.9	414.7	5.1	1'057.7	1'011.8
Zusammenarbeit mit Osteuropa	109.9		83.1	193.0	166.9
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)	1'059.5	439.3		1'498.8	1'478.3
BSP				436'093	417'314
Anteil der APD am BSP				0.34 %	0.35 %
Öffentliche Hilfe			97.9	97.9	103.9

¹⁾Die multilaterale finanzielle Zusammenarbeit (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und -fonds) ist eine "gemeinsame Aufgabe der DEZA und des seco" (Art. 8 Absatz 1 der Verordnung betreffend der Entwicklungszusammenarbeit vom 12.12.1977). Die entsprechenden Mittel sind im Budget der DEZA enthalten.

Grafik 1
Überblick der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2000



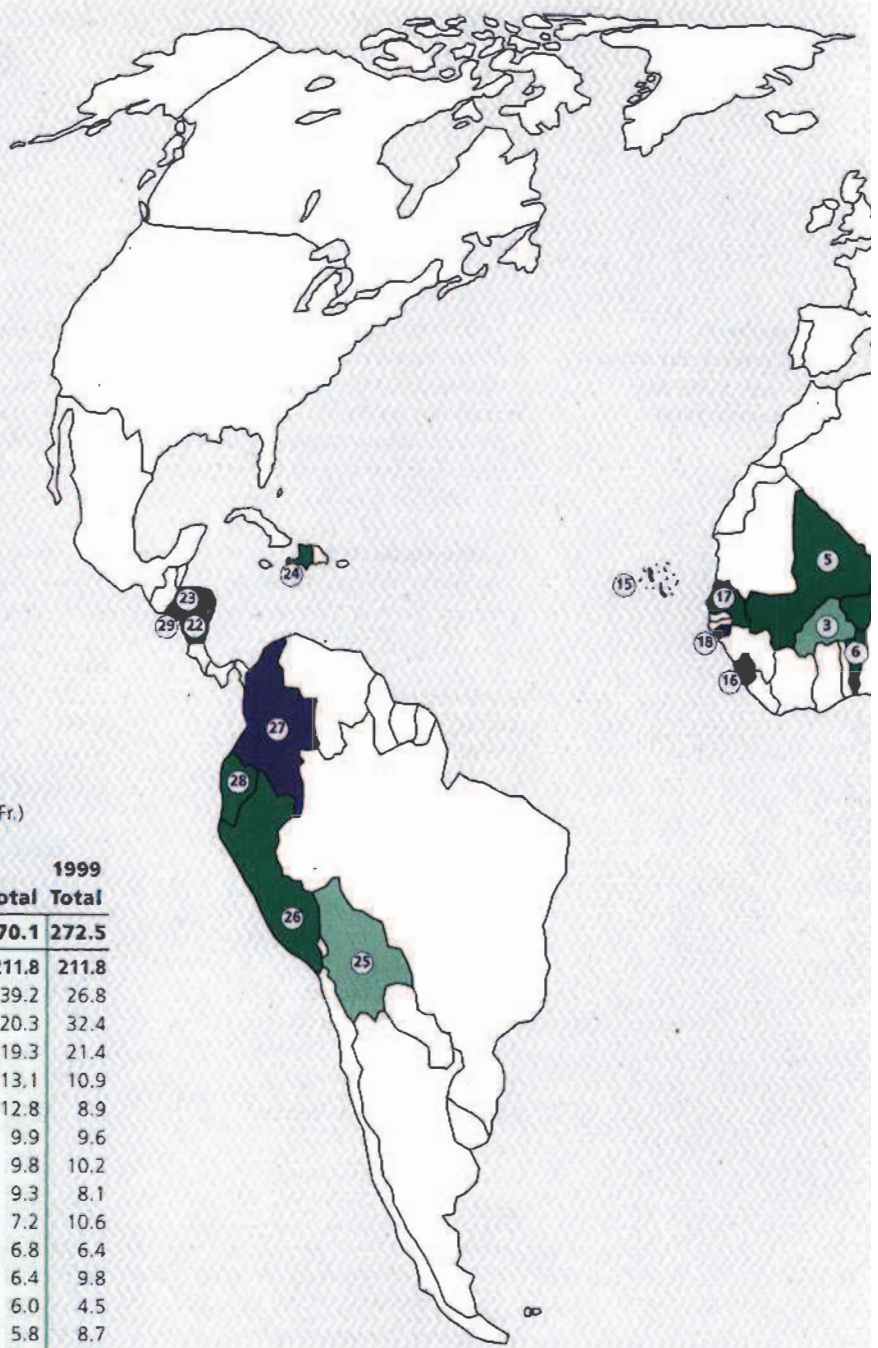


Tabelle 2

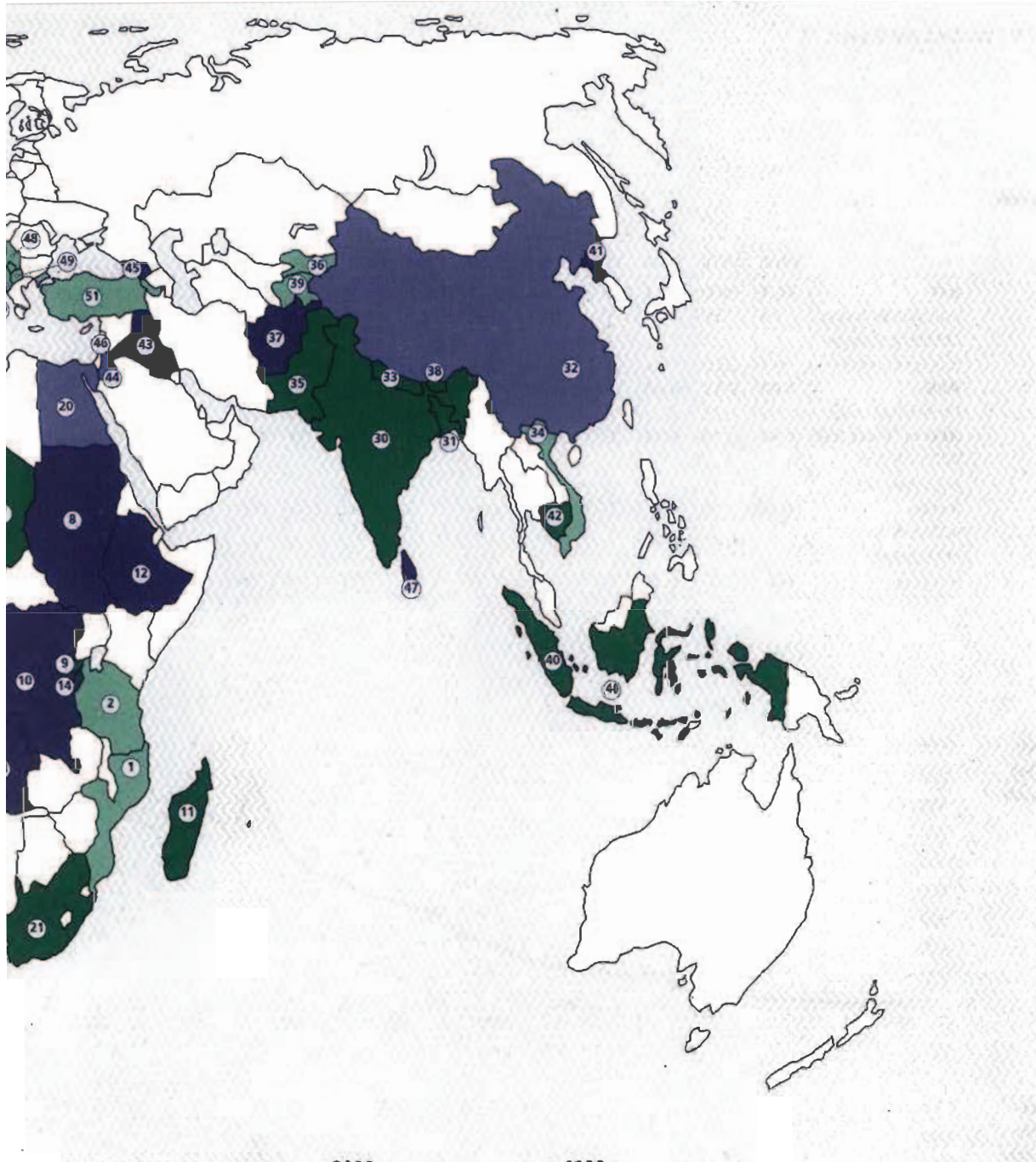
Bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

Aufteilung nach Ländern und Hilfekategorien (Mio Fr.)

	2000			1999	
	DEZA ¹⁾	seco	Andere	Total	Total
Afrika	221.7	40.2	8.1	270.1	272.5
Länder mit geringem Einkommen	183.8	22.2	5.7	211.8	211.8
1 Mosambik	25.0	13.4	0.7	39.2	26.8
2 Tansania	18.0	2.2	0.2	20.3	32.4
3 Burkina Faso	12.6	6.1	0.4	19.3	21.4
4 Niger	12.7	-	0.3	13.1	10.9
5 Mali	12.5	-	0.3	12.8	8.9
6 Benin	9.9	-	-	9.9	9.6
7 Tschad	9.3	-	0.4	9.8	10.2
8 Sudan	9.2	-	-	9.3	8.1
9 Ruanda	7.2	-	-	7.2	10.6
10 Kongo (D.R.)	6.4	-	0.3	6.8	6.4
11 Madagaskar	5.9	-	0.5	6.4	9.8
12 Äthiopien	5.9	-	-	6.0	4.5
13 Angola	5.8	-	-	5.8	8.7
14 Burundi	5.7	-	-	5.7	3.8
15 Kapverden	5.0	-	-	5.0	5.7
16 Sierra Leone	4.3	-	-	4.3	4.3
17 Senegal	4.1	-	0.1	4.2	5.2
18 Guinea-Bissau	4.1	-	-	4.1	1.8
19 Kamerun	2.8	-	0.6	3.5	4.1
Andere Länder	16.2	0.6	1.2	18.1	17.6
Länder mit mittlerem Einkommen	12.5	12.6	1.3	26.5	28.5
20 Agypten	0.6	10.8	0.3	11.8	16.4
21 Südafrika	8.5	0.1	0.7	9.4	8.2
Andere Länder	3.3	1.6	0.3	5.3	3.8
Regionale Projekte	25.4	5.3	1.0	31.8	32.1

	2000	2000	2000	1999	1999
	DEZA ¹⁾	seco	Andere	Total	Total
Lateinamerika	92.6	8.0	5.5	106.2	122.6
Länder mit geringem Einkommen	18.6	4.9	0.9	24.5	36.7
22 Nicaragua	11.0	-	0.5	11.6	13.1
23 Honduras	4.0	4.9	-	9.0	19.6
24 Haiti	3.5	-	0.3	3.8	3.9
Länder mit mittlerem Einkommen	55.6	3.1	4.4	63.1	61.1
25 Bolivien	15.0	2.2	0.4	17.6	17.9
26 Peru	10.0	-	0.5	10.5	12.2
27 Kolumbien	7.3	0.8	0.9	9.1	5.5
28 Ecuador	7.2	-	0.5	7.7	7.8
29 El Salvador	3.9	-	0.1	4.0	2.0
Andere Länder	12.1	-	1.8	14.0	15.4
Regionale Projekte	18.3	-	0.1	18.5	24.7

	2000	2000	2000	1999	1999
	DEZA ¹⁾	seco	Andere	Total	Total
Asien	195.7	31.6	5.8	233.2	211.0
Länder mit geringem Einkommen	153.5	24.8	3.0	181.4	159.5
30 Indien	30.2	-	0.6	30.8	29.5
31 Bangladesch	24.2	-	0.4	24.6	25.8
32 China	2.6	17.3	0.1	20.0	12.5
33 Nepal	19.5	-	-	19.6	20.4
34 Vietnam	14.5	3.0	0.3	17.9	13.5
35 Pakistan	15.0	-	-	15.0	13.2
36 Kirgisistan	9.3	1.1	0.6	11.1	9.3
37 Afghanistan	8.6	-	-	8.6	4.1
38 Bhutan	5.6	-	-	5.7	7.3
39 Tadschikistan	5.3	2.9	0.1	8.4	4.5
40 Indonesien	5.6	-	0.2	5.8	8.5
41 Nordkorea	4.3	-	-	4.4	3.0
42 Kambodscha	3.0	-	-	3.0	2.2
Andere Länder	5.3	0.2	0.1	5.7	5.2
Länder mit mittlerem Einkommen	30.1	6.5	1.2	38.0	34.3
43 Irak	5.9	-	-	6.0	4.6
44 Jordanien	0.8	5.1	-	6.0	2.9
45 Georgien	3.5	0.1	0.1	3.8	5.6
46 Palästina	8.6	-	-	8.7	9.3
47 Sri Lanka	3.0	-	0.1	3.2	3.1
Andere Länder	8.0	1.2	0.8	10.1	8.7
Regionale Projekte	12.0	0.2	1.4	13.8	17.1



	2000		1999		Total
	DEZA ⁴⁾	seco	Andere	Total	
Europa	50.1	54.8	48.8	153.8	196.5
Länder mit mittlerem Einkommen	42.1	52.0	27.1	121.3	185.9
48 B.R. Jugoslawien (Serbien, inkl. Kosovo, Montenegro)	21.9	31.1	21.8	74.8	113.6
49 Mazedonien	5.0	10.3	0.1	15.4	7.9
50 Albanien	7.5	3.3	0.8	11.7	27.3
51 Türkei	5.3	2.3	1.1	8.8	7.9
52 Bosnien-Herzegowina	0.9	4.9	1.2	7.0	27.3
53 Kroatien	1.3	—	1.8	3.2	1.6
Regionale Projekte	8.0	2.8	21.7	32.5	10.6
Länder mit geringem Einkommen	356.0	52.0	9.7	417.8	408.1
Länder mit mittlerem Einkommen	140.4	74.3	34.2	249.0	310.0
Regionale Projekte	63.8	8.4	24.4	96.7	84.7
Geografisch nicht aufgeteilt	193.9	34.3	67.5	295.9	297.3
APD bilateral, total	754.3	169.2	135.9	1'059	1'100

Länder erster Priorität für die Hauptkategorien der Hilfe 2000:

- Entwicklungszusammenarbeit der DEZA
- Humanitäre Hilfe der DEZA
- Wirtschaftliche Massnahmen des seco
- Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und wirtschaftliche Massnahmen des seco

Nicaragua/Zentralamerika und Vietnam/Mekongregion sind Schwerpunktregionen der DEZA.

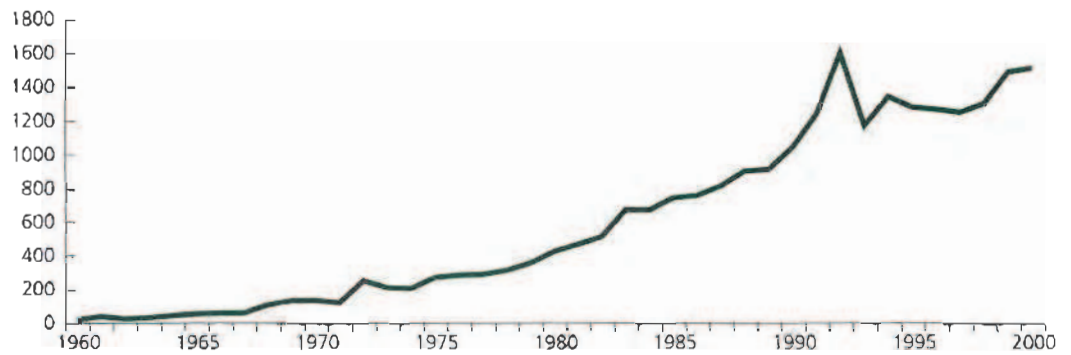
⁴⁾Die Auszahlungen der NGOs stammend von Programmbeträgen der DEZA sind inbegriffen.

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE

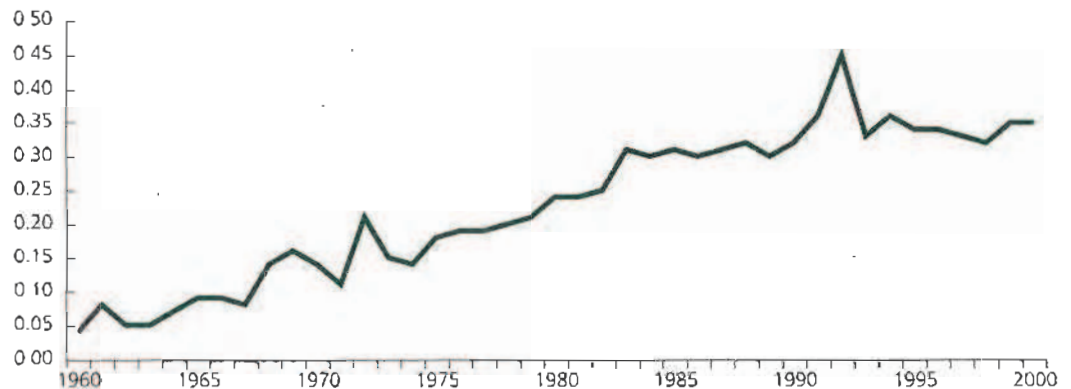
Tabelle 3
 Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz
Entwicklung seit 1960
 (in Milliarden Franken, nominal)

	1960	1970	1980	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
BSP	37.1	92.6	177.3	326.1	352.8	357.1	369.1	373.8	382.8	397.0	408.7	417.3	436.0
Ausgaben des Bundes	2.6	7.8	17.5	31.6	37.8	39.7	42.6	40.9	44.2	44.3	46.9	45.6	47.1
Öffentliche Ausgaben (Bund und Kantone)	6.5	20.3	47.2	86.6	102.6	108.1	114.2	111.0	115.9	117.2	120.1	119.8	122.0
APD	0.02	0.13	0.42	1.04	1.60	1.17	1.34	1.28	1.26	1.24	1.30	1.48	1.50
Private Schenkungen	-	0.05	0.11	0.16	0.24	0.21	0.23	0.22	0.22	0.22	0.24	0.22	-
APD in % des BSP	0.04	0.14	0.24	0.32	0.45	0.33	0.36	0.34	0.33	0.31	0.31	0.35	0.34
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.58	1.66	2.41	3.29	4.24	2.95	3.15	3.13	2.86	2.81	2.77	3.25	3.18
APD in % der öffentlichen Ausgaben	0.23	0.64	0.90	1.20	1.56	1.08	1.18	1.15	1.09	1.06	1.08	1.24	1.23

Grafik 2
 Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz im Vergleich 1960-2000
 (Mio Fr., nominal)

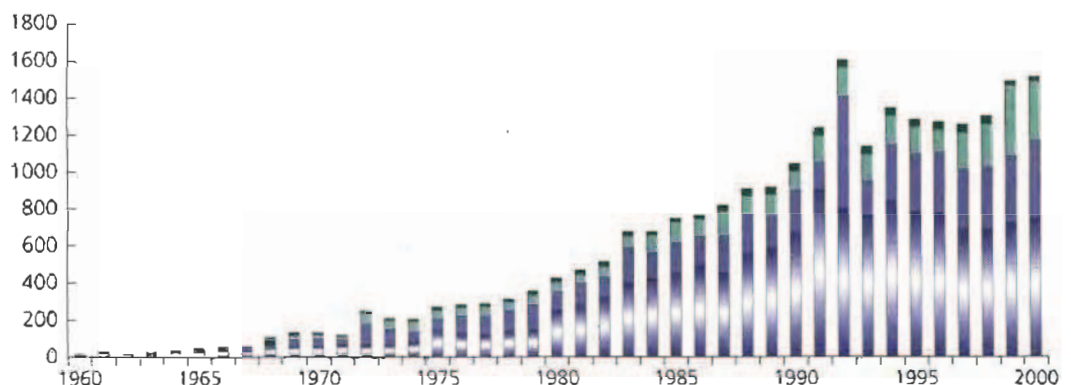


Grafik 3
 Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz im Vergleich 1960-2000
 (in Prozenten des BSP)



Grafik 4
 Aufteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 1960-2000
 (Mio Fr., nominal)

- Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit
- Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
- Bilaterale humanitäre Hilfe
- Multilaterale humanitäre Hilfe



ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE

Tabelle 4
Aufteilung der
öffentlichen
Entwicklungshilfe
(APD) nach Ländern,
1963-2000

(Mio Fr.)

	1963	1970	1980	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Afrika, total	2.5	27.3	102.5	343.7	354.9	307.3	311.9	303.8	283.9	272.1	243.3	272.5	270.1
Tansania	0.1	1.8	23.5	26.3	41.1	17.6	27.4	22.5	19.3	35.3	19.8	32.4	20.3
Mosambik	-	0.2	3.8	36.3	26.7	28.2	41.1	31.9	33.5	26.3	30.0	26.8	39.2
Burkina Faso	-	-	3.3	6.9	9.2	10.9	17.8	14.5	18.4	18.1	11.0	21.4	19.3
Ägypten	-	0.3	1.5	3.6	4.4	11.5	11.9	11.7	14.5	11.0	10.0	16.4	11.8
Niger	-	-	2.5	8.1	9.0	19.2	7.8	8.8	8.7	8.0	8.4	10.9	13.1
Ruanda	0.2	3.2	8.7	14.1	19.4	29.9	30.9	21.0	21.7	17.6	10.1	10.6	7.2
Tschad	-	0.6	0.7	7.2	10.0	12.2	9.9	7.6	8.7	14.3	9.3	10.2	9.8
Benin	-	1.3	0.9	13.3	13.6	13.0	6.6	19.3	12.8	9.9	10.0	9.6	9.9
Madagaskar	0.1	0.7	4.3	44.7	26.3	24.6	20.3	20.5	15.9	13.8	9.1	9.8	6.4
Mali	-	-	6.9	23.4	12.3	8.3	8.9	6.8	6.9	10.9	8.5	8.9	12.8
Senegal	-	0.1	4.3	17.3	9.1	5.2	5.2	3.4	3.0	14.3	2.4	5.2	4.2
Äthiopien	-	-	2.0	10.5	6.4	13.4	8.2	8.3	7.2	3.5	3.5	4.5	6.0
Kamerun	-	2.9	2.7	6.4	17.6	3.4	5.6	2.5	3.7	3.9	4.1	4.1	3.5
Asien, total	3.1	27.9	97.6	175.5	253.4	256.3	276.7	193.7	179.6	205.5	208.9	211.0	233.2
Indien	0.8	17.4	27.8	17.9	52.0	39.9	34.2	26.8	26.4	36.6	28.8	29.5	30.8
Bangladesch	-	-	18.8	13.3	27.9	21.6	28.1	14.0	15.1	12.0	33.9	25.8	24.6
Nepal	1.1	1.0	13.5	22.3	18.2	19.5	23.4	18.4	18.3	16.3	18.0	20.4	19.6
Vietnam	-	0.5	0.4	1.1	2.1	23.6	10.8	5.7	12.5	15.1	16.8	13.5	17.9
Pakistan	-	1.6	2.2	13.4	25.4	17.3	19.7	15.0	16.9	14.7	14.6	13.2	15.0
China	-	-	-	11.7	10.8	15.1	9.9	12.0	10.9	5.9	5.9	12.5	20.0
Indonesien	0.1	1.1	6.0	27.0	41.8	38.6	30.4	16.4	12.4	11.6	7.8	8.5	5.8
Bhutan	-	-	1.2	4.8	5.5	5.7	6.8	10.7	5.8	6.8	6.9	7.3	5.7
Lateinamerika, total	5.4	14.7	36.3	90.1	116.7	90.7	135.9	114.5	122.4	95.6	100.8	122.6	106.2
Honduras	-	-	6.2	5.2	9.9	5.5	5.0	11.8	8.6	3.2	2.5	19.6	9.0
Bolivien	-	0.5	5.6	21.8	19.8	17.5	34.1	19.2	28.2	19.2	19.8	17.9	17.6
Nicaragua	-	-	0.9	8.8	6.3	8.5	11.8	22.3	14.1	6.6	12.0	13.1	11.6
Peru	0.1	2.2	4.9	14.9	22.4	10.6	9.0	10.4	15.6	15.6	12.3	12.2	10.5
Ecuador	-	2.9	1.0	5.4	11.3	6.9	7.8	9.0	9.2	8.7	8.5	7.8	7.7
Europa, total	0.1	0.6	0.6	2.7	37.2	51.7	48.7	64.0	60.2	34.4	39.4	196.5	153.8
APD bilateral, total	12.9	79.3	295.7	764.9	951.9	938.9	990.2	921.0	892.6	834.2	932.3	1'100	1'059

Tabelle 5
Aufteilung der
bilateralen Aktionen
nach Sektor und
Ländern
 (Schwerpunktländer)
 2000 (Mio Fr.)

	Landwirtschaft	Wasser, Infrastruktur, Transport	Umwelt	Gesundheit, Bevölkerung	Erziehung, Kunst, Kultur	Privatsektor, Finanzsektor	Verwaltung des öffentlichen Sektors	Multisektoriell	Total
Afrika	19	28	12	28	16	7	9	41	161
Mosambik	1	5	1	8	-	-	1	3	19
Tansania	1	7	-	6	1	-	-	-	16
Burkina Faso	-	2	-	-	2	1	2	6	12
Niger	3	5	-	-	-	-	-	3	13
Benin	2	1	-	3	2	1	-	2	9
Tschad	2	2	-	1	-	-	-	4	9
Madagaskar	4	-	2	-	-	-	-	-	6
Mali	1	1	3	2	-	3	-	3	13
Kapverden	2	-	-	-	2	-	-	1	5
Südafrika	-	-	-	-	4	-	3	1	9
Ruanda	-	-	-	1	-	1	2	1	5
Asien	28	28	25	5	16	12	5	28	147
Bangladesch	6	9	-	1	1	2	-	4	23
Indien	10	-	5	-	-	7	-	5	28
Nepal	1	7	4	1	2	1	-	3	20
Vietnam	-	3	5	-	3	-	1	1	14
Pakistan	2	5	2	-	2	1	-	3	15
Palästina	-	-	2	1	3	-	-	3	8
Bhutan	2	1	1	-	2	-	-	1	6
Indonesien	-	-	2	-	-	1	1	-	5
Lateinamerika	22	10	11	1	3	8	7	17	80
Bolivien	4	-	1	-	-	3	3	3	15
Peru	2	3	1	-	1	-	2	2	10
Ecuador	2	-	1	-	-	1	-	2	7
Nicaragua	3	3	-	-	-	1	1	2	11
Honduras	-	1	-	-	-	-	-	-	1
Europa	2	-	1	-	2	-	-	1	5
Geografisch nicht aufgeteilt	6	2	8	4	10	3	3	43	80
Bilaterale Aktionen der DEZA	77	69	57	39	47	29	24	130	473

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Tabelle 6

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA

Aufteilung der Aktionen nach Art der Ausführung

	2000		1999	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
Direkt durchgeführte Aktionen	205.9	43.8	192.0	41.3
In Regie durchgeführte Aktionen	103.8	22.1	105.2	22.6
davon: Schweizerische Hilfswerke (NGOs)	71.1	15.1	69.7	15.0
Beiträge an nicht internationale Organisationen für bestimmte Aktionen	97.0	20.6	102.0	21.9
davon: Schweizerische Hilfswerke (NGOs)	56.4	12.0	55.4	11.9
Beiträge an internationale Organisationen für bestimmte Aktionen	63.8	13.5	66.3	14.2
Total bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	470.6	100.0	465.6	100.0

Tabelle 7

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA

Zusammenarbeit mit schweizerischen privaten Hilfswerken (NGOs)

	2000		
	Programm-beiträge Mio Fr.	Regie-aufträge Mio Fr.	Total Mio Fr.
Intercooperation	-	28.5	28.5
Swisscontact	5.4	17.9	23.3
Helvetas	10.7	20.0	30.7
Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK)	3.2	0.3	3.5
Freiwilligeneinsätze (UNITE)	7.4	-	7.4
Cantae Schweiz	3.7	-	3.7
Brot für alle	2.5	-	2.5
Fédération genevoise de coopération (FGC)	4.2	-	4.2
Swissaid	3.6	-	3.6
Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	4.5	-	4.5
Fastenopfer	2.8	-	2.8
Schweiz Arbeiterhilfswerk (SAH)	2.1	1.3	3.4
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKIP)	1.3	-	1.3

Tabelle 8
 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
Jährliche Beiträge an internationale Organisationen

	1999 Mio Fr.	2000 Mio Fr.
Organisationen der Vereinten Nationen	88.3	89.2
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP), mit UNCDF (Ausstattungsfonds der UNO)	52.0	52.0
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	17.0	17.0
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	11.0	11.5
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	4.5	4.5
HIV/AIDS-Programm der UNO (UNAIDS)	2.2	2.2
UNO-Entwicklungsfonds für die Frauen (UNIFEM)	0.7	0.8
Freiwilligenprogramm der UNO (UNV)	0.5	0.5
Andere Entwicklungsorganisationen der UNO	0.4	0.7
Entwicklungsbanken und ihre Spezialfonds⁴⁾	211.2	248.9
Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB)	-	1.9
Afrikanischer Entwicklungsfonds (FAFD)	46.0	92.0
Asiatische Entwicklungsbank (AsDB)	0.6	0.7
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)	17.8	10.6
Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)	3.2	-
Fonds für Spezielle Aktionen (FSO-IDB)	3.2	-
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)	0.2	3.4
Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)	140.0	140.0
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	-	0.1
Andere multilaterale Institutionen	90.0	93.3
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	10.9	4.4
Internationale Vereinigung zur Bewahrung der Natur (IUCN)	0.8	0.8
Andere multilaterale Institutionen	78.3	88.0
Total multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	389.6	431.5

⁴⁾Die multilaterale finanzielle Zusammenarbeit (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und -fonds) ist eine "gemeinsame Aufgabe der DEZA und des seco" (Art. 8 Absatz 1 der Verordnung betreffend der Entwicklungszusammenarbeit vom 12.12.1977). Die entsprechenden Mittel sind im Budget der DEZA enthalten. Verschiedene Verpflichtungen, die in Form von "Notes" (Sichtguthaben) geleistet wurden, werden jeweils erst zum Zeitpunkt, wenn sie ausgestellt werden, verbucht.

WIRTSCHAFTLICHE MASSNAHMEN

Tabelle 9

Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen des seco

Auszahlungen aufgedgliedert nach Massnahmen

	2000		1999	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
Entschuldungsmassnahmen	37.3	25.9	29.7	21.7
Zahlungsbilanzhilfe	16.9	11.8	8.7	6.4
Mischfinanzierung	18.2	12.7	27.0	19.7
Handelsförderung	13.8	9.6	12.6	9.2
Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel	49.5	34.4	48.7	35.5
Rohstoffe	5.1	3.6	4.4	3.3
Studien und verschiedene Massnahmen	3.0	2.1	5.7	4.2
Total wirtschaftliche Massnahmen	144.0	100.0	137.2	100.0

Tabelle 10

Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen des seco

Ausgaben nach Massnahmenkategorie und Land (Mio Fr.)

Land	Hauptinstrument des Einsatzes	2000 Total per Land
Afrika		43.5
Mosambik	Zahlungsbilanzhilfe, Rohstoffe	13.4
Ägypten	Mischfinanzierung	10.8
Burkina Faso	Zahlungsbilanzhilfe	6.1
Tunesien	Mischfinanzierung, Unterstützung des Privatsektors	2.3
Tansania	Zahlungsbilanzhilfe	2.0
Regionale Projekte	Unterstützung des Privatsektors	8.3
Andere Länder		0.4
Lateinamerika		8.0
Honduras	Entschuldung	4.9
Bolivien	Unterstützung des Privatsektors	2.2
Kolumbien	Unterstützung des Privatsektors	0.8
Andere Länder		0.0
Asien		27.3
China	Mischfinanzierung, Unterstützung des Privatsektors	15.6
Jordanien	Entschuldung	5.1
Vietnam	Mischfinanzierung, Unterstützung des Privatsektors	3.0
Indien	Unterstützung des Privatsektors	1.9
Andere Länder	Unterstützung des Privatsektors	0.1
Regionale Projekte	Unterstützung des Privatsektors	1.4
Nicht aufgeteilte Entwicklungsländer	Entschuldung, Unterstützung des Privatsektors	64.5
Total		143.5

Tabelle 11
Privater Kapitalfluss
zwischen der Schweiz
und den Entwick-
lungsländern
 2000 (Mio Fr.)

	bilaterale APD	Export- garantien	Direkt- investitionen (Kapital- ausfluss)
Mexiko	0.3	504.3	553.3
Brasilien	2.3	94.8	814.0
Iran	1.8	330.7	2.0
Turkei	7.9	245.1	4.7
China	12.4	334.5	-101.8
Südafrika	8.2	12.8	181.8
Südkorea	-	5.8	181.3
Ägypten	16.4	36.1	90.2
Kolumbien	5.5	8.1	116.4
Indonesien	8.5	18.6	56.0
156 andere Länder (davon offshore Finanzplätze)	1'036.4	304.9	897.8
Total	1'100.2	1'896.0	2'796.1

Herausgeber

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit (DEZA),
Eidg. Departement für auswärtige
Angelegenheiten (EDA), 3003 Bern
Tel.: 031 322 44 12
Fax: 031 324 13 48
Internet: www.deza.admin.ch
E-mail: info@deza.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco),
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD),
3003 Bern

Tel.: 031 322 56 56
Fax: 031 322 56 00
Internet: www.seco.admin.ch
E-mail: info@seco.admin.ch

Gestaltung

Etter Grafik, Zürich

Text

Ariane Geiser, Neuenburg

Statistiken

Elvienne Döllfus, DEZA
Christiane Sollberger, DEZA

Redaktion/Koordination

Catherine Vuffray, DEZA

Fotos

Daniel Schwartz (Umschlag, S. 9)
Circi Bildarchiv (S. 4, 7, 10, 12, 13)
Toni Linder/DEZA (Umschlag, S. 1, 14)
Mark Edwards (S. 2, 3)
Dino Beti/DEZA (S. 5)
Peter McFarren (S. 6)
Kay John Paul (S. 8)
Keystone (S. 11)

50103

ISBN 3-905398-77-X



DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT **DEZA**
DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION **DDC**
DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE **DSC**
SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION **SDC**
AGENCIA SUIZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN **COSUDE**

Staatssekretariat für Wirtschaft
Secrétariat d'Etat à l'économie
Segretariato di Stato dell'economia
State Secretariat for Economic Affairs

s e c o



D

JAHRESBERICHT

ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA

2000



INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ

DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ

Die **öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz** beläuft sich auf rund 1,4 Milliarden Franken pro Jahr, das sind ungefähr 0,33 Prozent des Brutto-sozialprodukts oder täglich 54 Rappen pro Einwohner. Sie umfasst alle vom Bund, den Kantonen und Gemeinden für die Entwicklungsländer, die internationalen Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen zu Vorzugsbedingungen bereitgestellten Mittel.

Welches sind ihre konkreten Ziele? Im Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die Entwicklungszusammenarbeit und die internationale humanitäre Hilfe wird festgehalten: «Sie unterstützt die Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben.»

Im März 1994 definierte der Bundesrat in seinem Bericht zu den Nord-Süd-Beziehungen der Schweiz in den 90er Jahren das Leitbild der **Entwicklungspolitik**. Daraus gingen vier Hauptthemen hervor: Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit, Förderung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat; Förderung der Wohlfahrt und bessere Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum; Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit namentlich für die Frauen; und schliesslich Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Auf eidgenössischer Ebene sind zwei Bundesämter für Konzept und Umsetzung der Entwicklungshilfe zuständig: die **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**, die zum Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gehört, und das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** im Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Ihre wichtigsten Instrumente sind technische Zusammenarbeit, Finanzhilfe, Wirtschafts- und Handelsmassnahmen sowie humani-

täre Hilfe. Die DEZA koordiniert die Aktionen.

Die **DEZA** umfasst vier Bereiche: Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit mit Osteuropa. Sie erbringt ihre Leistungen mit einem Jahresbudget von ungefähr 1,1 Milliarde Franken und über 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland durch direkte Aktionen, Unterstützung von Programmen multilateraler Organisationen, durch Mitfinanzierungen und Beiträge an Programme schweizerischer und internationaler Hilfswerke.

Ziel der **Entwicklungszusammenarbeit** ist die Armutsbekämpfung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert namentlich die wirtschaftliche und staatliche Eigenständigkeit, trägt zur Verbesserung der Produktionsbedingungen bei, hilft bei der Bewältigung von Umweltproblemen und sorgt für besseren Zugang zur Bildung und gesundheitlichen Grundversorgung der am meisten benachteiligten Bevölkerung.

Leben retten und Leiden lindern ist der Auftrag der **Humanitären Hilfe** des Bundes. Sie leistet nach Naturkatastrophen und bei bewaffneten Konflikten direkte Hilfe durch Einsätze des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) und unterstützt humanitäre Partnerorganisationen.

Die **Länder Osteuropas** und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) unterstützt die DEZA auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Wissenstransfer und Beiträgen zu Problemlösungen.

Während die humanitäre Hilfe bedarfsbezogen dort geleistet wird, wo sie am notwendigsten ist, konzentriert sich die bilaterale Entwicklungszusammen-

arbeit auf 17 Schwerpunktländer und -regionen sowie vier Länder mit Spezialprogrammen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die technische Zusammenarbeit mit Osteuropa konzentriert sich auf zehn Länder in Südosteuropa und der GUS. Multilateral arbeitet die DEZA insbesondere mit den Organisationen des UNO-Systems, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen. Gesamthaft sind über 900 mehrjährige Programme und Projekte in Arbeit.

Das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** seinerseits definiert die Wirtschafts- und Handelsmassnahmen der Entwicklungszusammenarbeit: Mischkredite, an denen sich sowohl der Bund wie die Schweizer Banken beteiligen, Zahlungsbilanzhilfen, Anstrengungen für die Handelsförderung und, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, Aktionen im Bereich Basisprodukte. Ein wesentlicher Teil dieser Massnahmen ist für die Länder Osteuropas und der GUS vorgesehen. Das seco ist ausserdem der Hauptakteur in der Entschuldungsstrategie, welche für die am stärksten verschuldeten Länder ausgearbeitet wurde.



INHALT

ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS

- 2 EDITORIAL
Langfristiges Engagement im Kosovo

DIE SCHWEIZER HILFE BEIM WIEDERAUFBAU IM KOSOVO

- 4 EINLEITUNG
Den Alltag der Menschen erträglich machen

- 5 ENERGIE
Eingehen auf die Nachfrage nach Energie

- 6 WASSER
Die Trinkwasserversorgung sicherstellen

- 7 MEDIEN
Ein Radio für Frieden und Toleranz

- 8 ZIVILSTAND
Amtliche Registrierung

- 9 STATISTISCHER TEIL
Tabellen und Grafiken

LANGFRISTIGES ENGAGEMENT IM KOSOVO

Seit dem Ende des Konflikts im Kosovo im Sommer 1999 wurden grosse Fortschritte erzielt. Dank der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, zu denen die Schweiz viel beigetragen hat, beginnt die Provinz wieder zu leben: Zahlreiche Flüchtlinge sind in ihre Heimat zurückgekehrt, und die Wirtschaft ist wieder angelaufen. Die Wasser- und Stromversorgung wurde verbessert. Schulen und Spitäler funktionieren. Die Verwaltung organisiert sich und die ersten Gemeindewahlen sind ohne Zwischenfälle über die Bühne gegangen. Auch wurden verschiedene Medien zum Funktionieren gebracht.

Ein grosser Teil der Bevölkerung ist sich aber trotz dieser scheinbaren Normalität der riesigen Arbeit bewusst, welche für die Gewährleistung der Sicherheit für alle noch nötig ist. Viele der während des Kriegs zerstörten Wohnhäuser sind noch nicht renoviert. Ein grosser Teil der Infrastrukturen ist noch beschädigt oder fehlt, was die Wiederankurbelung der Wirtschaft stark behindert. Lücken im Justizsystem führten zur Schaffung einer neuen Schattenwirtschaft und zur Zunahme von illegalen Aktivitäten. Am meisten beunruhigt aber die innerethnische Spannung, welche sich kaum verringert hat. Die fehlende Sicherheit und die Einschränkungen im freien Personen-Verkehr hindern die Minderheiten am Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitswesen.





ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS

In diesem Zusammenhang muss die internationale Gemeinschaft, welche im Kosovo die Rolle der Ordnungsmacht übernommen hat, ihr langfristiges Engagement weiterführen. Sie kombiniert die militärische Präsenz mit dem Wiederaufbau der politischen, rechtlichen und administrativen Strukturen. Die Schweiz hat sich dabei nicht abseits gehalten. Sie hat im Balkan, insbesondere im Kosovo, grosse Mittel eingesetzt und konnte dadurch dem Stabilitätspakt für Südosteuropa beitreten. Dieses Forum, dem zahlreiche Länder angehören, hat konkrete Ziele: Krisen und Konflikte überwinden, demokratische Strukturen aufbauen, den Schutz der Minderheiten gewährleisten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern und die organisierte Kriminalität bekämpfen.

Den Flüchtlingen eine Rückkehr in Würde sichern

Die Schweizer Arbeit im Kosovo wurde bereits während des Konflikts mit der Operation Focus, der ersten Hilfe an die Opfer, aufgenommen. Danach kam die bilaterale Humanitäre Hilfe der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zum Zug, transportierte Lebensmittel, Medikamente und Material und brachte Teile der Landwirtschaft wieder in Gang. Gleichzeitig wurden die ersten Programme der technischen Zusammenarbeit der DEZA und der finanziellen Zusammenarbeit des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) zur Unterstützung des langfristigen Wiederaufbaus ausgearbeitet. Das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) finanzierte nahezu 80 Prozent der Aktivitäten der DEZA über die Rückkehrhilfe. Die Hilfsprogramme für die Wiedereingliederung sind sehr wichtig. Sie müssen eine Rückkehr in Sicherheit und Würde ermöglichen, aber auch zum Friedensprozess und zur Versöhnung beitragen. Über 32 000 Kosovarinnen und Kosovaren sind bis Ende 2000 aus der Schweiz in ihre Heimat zurückgekehrt.

Das Programm für den Kosovo wird in den kommenden Jahren weitergeführt. Es ist der Schweiz ein Anliegen, dass die Hoffnungen dieser Bevölkerung nicht enttäuscht werden, namentlich auch zur Verhinderung neuerlicher Migration. Der Bund ist im Balkan stärker engagiert als irgendwo je zuvor. Auch Serbien und Montenegro wird humanitäre Hilfe zuteil, und dank den Veränderungen in der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien wird die Schweiz Hilfsprogramme grösseren Ausmasses einleiten können. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wird intensiviert, um die Demokratisierung des Landes zu unterstützen.

Einige Bedingungen sind noch nicht erfüllt

Der Friede wird Tag für Tag weiter aufgebaut, aber noch sind viele Schwierigkeiten zu überwinden. Eine davon ist höchst politisch. Solange nämlich der Status des Kosovo nicht entschieden ist, bleibt die Zukunft unsicher. Um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, sind auch wirtschaftliche Entwicklung, die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, Menschenrechte, Demokratie und der Aufbau des Rechtswesens nötig. Die Stabilisierung Südosteuropas wird auch in den nächsten Jahren eine der grossen Herausforderungen für Europa bleiben.

Walter Fust
Botschafter
Direktor der DEZA

David Syz
Staatssekretär
Direktor des seco



DIE SCHWEIZER HILFE BEIM WIEDERAUFBAU IM KOSOVO

DEN ALLTAG DER MENSCHEN ERTRÄGLICH MACHEN



Die Aktivitäten der DEZA haben sich während des Konflikts im Kosovo und in den Monaten nach Beendigung der Feindseligkeiten auf die menschlichen Bedürfnisse einer Bevölkerung in Not konzentriert. Vorrangiges Ziel war es, den in ihre Dörfer zurückkehrenden Flüchtlingen das lebenswichtige Minimum zu sichern. Nachdem das Notwendigste getan war, galt es, Programme für den langfristigen Wiederaufbau einzuleiten. Die DEZA und das seco arbeiteten eng zusammen, um ihre Hilfe so effizient und vollständig wie möglich zu gestalten. Grundlage dieser Hilfe war die Förderung der Demokratie, des Rechtsstaats und einer sozialen Marktwirtschaft.

Rund 60 Programme, welche auch zum Friedens- und Versöhnungsprozess beitrugen, wurden im Jahr 2000 eingeleitet. Einige werden mehrere Jahre dauern. Dazu gehören die Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit der DEZA und jener des seco, aber auch humanitäre Hilfsprojekte, welche verlängert werden mussten, um eine Verbesserung der prekären Lebensbedingungen eines Teils der Bevölkerung herbeizuführen. Die Ausgaben der DEZA wurden zu 80 Prozent vom Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) finanziert und beliefen sich im Jahr 2000 auf über 53 Millionen Franken, dazu kamen 9 Millionen vom seco.

Infrastrukturen verbessern

Der Krieg, aber auch Jahre der Vernachlässigung wegen der lang andauernden Krisensituation im Kosovo führten dazu, dass die Basisinfrastrukturen baufällig waren, namentlich in den Bereichen Energie, Wasser und Transport. Ausserdem waren die Beschädigungen des Produktionsapparats ein grosses Hindernis für das Wiederanlaufen einer Wirtschaft, die Bestand haben

wird. Das seco ist daran, diese Probleme mit zwei umfangreichen Programmen anzupacken, welche wir in den folgenden Artikeln vorstellen: die Instandstellung von Elektrizitätswerken und die Reparatur von Einrichtungen zur Wasseraufbereitung.

Die Gründung eines Lokalradios und die Erstellung eines Zivilregisters sind zwei Beispiele für die Vielfalt der Aktivitäten der DEZA im Kosovo. Radio Blue Sky, ein vom Bund gegründetes und finanziertes multiethnisches Medium, trägt zum Prozess der politischen Stabilisierung bei. Eine Normalisierung kann auch erreicht werden über die Wiederherstellung von Daten über Güter und Menschen. Letztere mussten in einem Zivil- und Wahlregister erfasst werden, das für die Durchführung der Gemeindewahlen im Oktober 2000 unabdingbar war.

Koordinierte Aktivitäten

Im Kosovo war nach Beendigung des Konflikts eine eindruckliche Reihe von Akteuren präsent, welche die bilaterale und multilaterale Hilfe sowie die Nicht-Regierungsorganisationen vertraten. Die grossen Interventionslinien werden an Geberkonferenzen diskutiert und die Überwachung obliegt der Weltbank sowie der Europäischen Kommission. Die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) koordiniert die Aktivitäten vor Ort. Gemäss einem Verteilschlüssel der internationalen Hilfe in der ganzen Provinz konzentrieren sich die Programme der Schweiz auf die zwei Regionen Gnjilane im Südosten und Djakova im Westen; zwei Zonen, aus denen die meisten kosovarischen Flüchtlinge in der Schweiz stammen.

EINGEHEN AUF DIE NACHFRAGE NACH ENERGIE

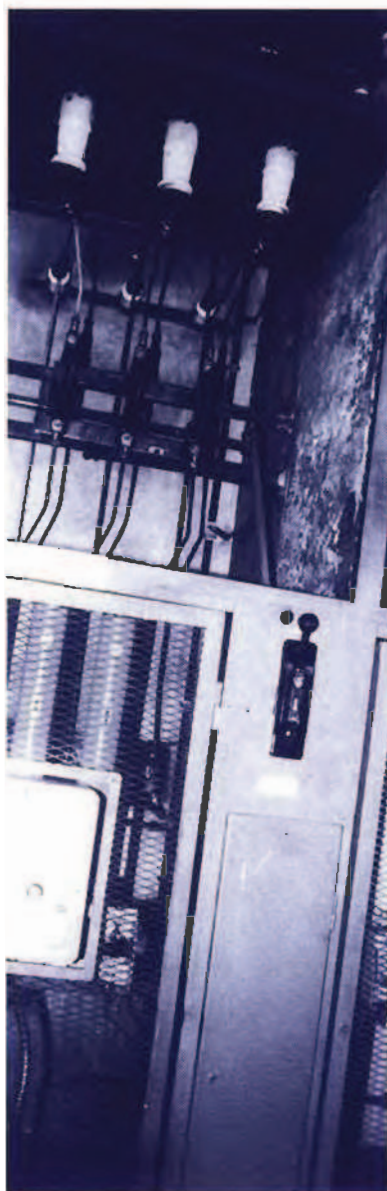
Das Stromnetz im Kosovo ist in einem schlimmen Zustand. Es gibt Probleme bei den Stromlieferungen an Privatpersonen und Unternehmen. Auf Pannen der Kraftwerke oder die Überlastung des Netzes zurückgehende Stromunterbrüche sind an der Tagesordnung. Da die Energie ein lebenswichtiger Sektor für die Normalisierung der Lebensbedingungen der Menschen und für den Wirtschaftsaufschwung ist, hat das seco ein Projekt zur Instandstellung der zerstörten oder baufälligen Infrastrukturen erarbeitet.

In der Vergangenheit hat der Kosovo Strom exportiert; dieser wurde ins Hochspannungsnetz von Jugoslawien eingespeist. Die Stromproduktion hängt fast ausschliesslich von zwei thermischen Kraftwerken in der Nähe von Pristina ab. Diese waren lange vernachlässigt worden, die Produktion lag deshalb unter ihres Potenzials und es kam häufig zu Pannen. Die Instandstellung wurde von der Europäischen Union und einigen Gebern finanziert.

Alle Bewohner beliefern

Nach dieser ersten Notreparatur musste das Sekundärnetz instand gestellt werden, da viele Unterwerke im Krieg beschädigt wurden oder ganz einfach zu alt waren, um noch zu funktionieren. Die Schweiz investierte ihre Hilfe in der Region Gnjilane, welche rund 230 000 Einwohner zählt. Fast 15 Prozent der Bevölkerung sind serbischer Herkunft und leben im Norden der Gegend. Eine weitere Besonderheit ist, dass viele kosovarische Flüchtlinge, welche in die Schweiz gekommen waren, im dieses Gebiet zurückkehrten.

Die Region bezieht den Strom aus zwei Hochspannungsleitungen. Die Verteilung wird dann in sieben Unterwerken vorgenommen. Vier dieser Einheiten



Ausrüstungen werden teilweise von Schweizer Firmen geliefert.

Den Sektor reorganisieren

Reparaturen allein genügen nicht, um die Funktionstüchtigkeit einer Einrichtung zu gewährleisten. Für das seco war es auch wichtig, Bedingungen zu schaffen, die es den Stromlieferanten ermöglichen, kostendeckend zu arbeiten. Der ganze Sektor wurde wieder aufgebaut und Personal ausgebildet. Dieser Bereich wird, unter Überwachung der UNMIK, von der Firma «Korporata Energetike Kosovës» (KEK) kontrolliert. Für die Ausarbeitung des Programms war es unumgänglich, dass sich die KEK an der Festlegung der Prioritäten für das Projekt beteiligte. Eines der Ziele ist es, die Gesellschaft rentabel zu machen, insbesondere müssen die Strombezügler ihren Stromkonsum bezahlen. In der ersten Phase muss die Firma mindestens die Unterhalts- und Betriebskosten decken können.

Diese gross angelegte Instandstellung mit Kosten von 12,8 Millionen Franken sollte im Prinzip Ende 2001 abgeschlossen sein. Dann wird das Netz dem Südosten des Kosovo genügend und qualitativ guten Strom liefern können. Und dies wiederum wird zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie zur Schaffung von Grundlagen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum beitragen.

benötigten Instandstellungs- oder Renovationsarbeiten, um die Stromlieferungen zu gewährleisten, insbesondere in abgelegene Gebiete. Ferner wurden in den Grenzgebieten Zähler eingebaut, um die Strommengen zu messen, welche mit Serbien ausgetauscht werden, denn diese Importe und Exporte führen oft zu Streitigkeiten. Die für das Projekt nötigen



DIE TRINKWASSERVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Wasser ist in der Region Gnjilane, in der sich ein Teil der Hilfe des Bundes im Kosovo konzentriert, genügend vorhanden. Trotzdem leidet die Region unter ernsthaften Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Trinkwasser: Weder Menge noch Qualität sind ausreichend. Die Einrichtungen für die Aufbereitung und Verteilung sind in schlechtem Zustand und werden den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht mehr gerecht. Das seco hat sich zusammen mit der DEZA daran gemacht, das Trinkwasserversorgungsnetz in stand zu stellen.

Eine ausreichende Versorgung soll dazu beitragen, dass sich die Lebensbedingungen in dieser aus fünf Gemeinden bestehenden Region verbessern und die Entwicklung vorangeht. Nach den Reparaturarbeiten werden die drei Aufbereitungsanlagen Trinkwasser liefern können, welches den Hygienestandards der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entspricht. Hydrologische Messapparate werden den Prozess der Wasseraufbereitung bis zur Trinkwasserqualität regeln.

Vollständige Instandstellung

Das Wasser kommt aus einem Stausee sowie aus Quellen. Bevor es in die Gemeindefnetze geleitet wird, wird es gefiltert und chemisch behandelt. Wegen ihrer Bauqualität sind die Installationen ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen, und nur ein kleiner Teil des Wassers wurde bisher gereinigt. Die Labors, die elektromechanischen und die Filtersysteme werden renoviert, ebenso die Mechanismen zur Wasserfassung und die Pumpen. Verschiedene Teile wie Filter und Lüftung werden ausgewechselt.



Ausser den Reparaturen finanziert das seco auch die Ersatzteile, die technischen Ausrüstungen und das für den Unterhalt des Netzes nötige Werkzeug. Ergänzt wird diese Renovation der Installationen von Massnahmen, welche den Fortbestand sichern sollen. Diese Aufgaben wurden der DEZA übertragen. So galt es, die hydraulischen Werke zu reorganisieren und Bedingungen für eine autonome und nachhaltige Nutzung zu schaffen. Die Kosten werden gedeckt, indem den Wasserbezügerern ihr Konsum in Rechnung gestellt wird. Ferner wird Personal ausgebildet für eine gute Verwaltung und einen angemessenen Unterhalt der Installationen.

Die Lokalbehörden haben sich am Programm beteiligt, namentlich bei der Festlegung der Prioritäten und Bedürfnisse. Die Arbeiten sollten Ende 2002 abgeschlossen sein. Bis dahin wird das seco 13,3 Millionen Franken in dieses Projekt investieren.



EIN RADIO FÜR FRIEDEN UND TOLERANZ



Die Medienlandschaft des Kosovo ist bei weitem keine Wüste. Sie weist sechs Tageszeitungen, zahlreiche Wochenzeitungen, zwei Fernseh- und etwa 30 Lokalradiostationen auf. Diese Medien hängen allerdings meist mit verschiedenen Interessengruppen zusammen. Deshalb hat sich die DEZA auf Ersuchen der Vereinten Nationen entschlossen, ein Radio mit einem multiethnischen Auftrag zu schaffen, das unparteiische Informationen verbreitet: Radio Blue Sky.

Diese Radiostation ist ein wichtiger Beitrag zum Pluralismus und zur demokratischen Debatte. Sie wird von der Fondation Hirondelle geleitet, einer Nicht-Regierungsorganisation,

die bereits Radio Agatashya in Rwanda und Star Radio in Liberia gegründet hatte, als dort Krieg herrschte. Radio Blue Sky startete im Juli 1999 zunächst in einem notfallmässig eingerichteten Studio, als noch sehr wenige Medien im Kosovo aktiv waren. Und seit Oktober 1999 ist die Station rund um die Uhr auf Sendung, mit einem gemischten Team von rund 20 Medienleuten und Technikern albanischer, serbischer und türkischer Herkunft. Die Leitung hat ein Schweizer Journalist. Das Allround-Radio sendet Musik, Informationsmagazine und Kurznachrichten in drei Sprachen.

Unparteilichkeit der Information

Journalistische Gradlinigkeit und Unabhängigkeit sind die Grundsätze der Redaktion. Die Hörerschaft jeder ethnischen Gemeinschaft muss wissen, dass die Informationen von Blue Sky vertrauenswürdig sind. Das Radio bemüht sich auch, Gerüchte der einen oder anderen Gruppe zu dementieren. Einige Bereiche befassen sich ausserdem mit den Aktivitäten der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). Verschiedene Sendungen tragen Titel, welche die jüngste Vergangenheit der Region widerspiegeln, wie «Radio Drama» oder «Love and Hate»

Seit Juli 2000 gehört Blue Sky zur Radio- und Fernsehgesellschaft des Kosovo (RTK), einem dem Service public verpflichteten Medium, und ist zu deren zweiten Radiokette geworden. Die Hörerschaft nimmt laut einer Umfrage laufend zu, und 80 Prozent der Hörerinnen und Hörer vertreten die Ansicht, dass die gesendeten Informationen qualitativ gut sind.

Den Pluralismus bekräftigen

Die RTK steht vor mehreren Herausforderungen. Sie muss zu einem wirklich vielfältigen Medium werden, das für alle Gemeinschaften da ist. Dies ist nicht immer einfach, da der Kosovo bisher nie ein dem Service public verpflichtetes Medium hatte. Ein weiteres Problem sind die Finanzen. Die RTK muss daran gehen, mit Einkommen aus der Werbung und mit der Einführung von Radio- und Fernsehgebühren ihre finanzielle Überlebensfähigkeit zu sichern.



AMTLICHE REGISTRIERUNG



Wie soll man seine Identität beweisen, wenn man alle Papiere verloren hat und es keine Zivilregister mehr gibt? Zahlreiche Menschen aus dem Kosovo waren nach dem Ende des Konflikts im Sommer 1999 mit dieser schwierigen Frage konfrontiert. Wenn man seine Identität beweisen kann, kann man namentlich seine Rechte als Wählerin oder Wähler wahrnehmen, Hilfe erhalten, den Besitz von Gütern beweisen, aber auch seine Pflichten erfüllen, zum Beispiel bei den Steuern. Für die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) war schnell klar, dass die Registrierung von Personen eine Priorität war. Die Schweiz unterstützte das Projekt finanziell und mit dem entsprechenden Wissen.

Ein Zivilregister ist ein wichtiger Faktor für die Rückkehr zur öffentlichen Ord-

nung. Die Operation musste im Übrigen schnell durchgeführt werden, damit die Gemeindewahlen vom 28. Oktober 2000 problemlos durchgeführt werden konnten. Zwischen April und Juli wurden die über 16-jährigen Personen registriert, die Kinder kamen später an die Reihe. Die Internationale Migrationsorganisation (IMO) erfasste auch die im Ausland lebenden Kosovarinnen und Kosovaren. Das Register wird aber nicht vollständig sein, da die Minderheiten serbischer und türkischer Herkunft das Verfahren boykottierten. Diese Gruppen machen ihre Teilnahme von bestimmten Sicherheitsbedingungen und der Erfüllung sprachlicher Forderungen abhängig.

Mitarbeit der Bevölkerung

Bevor eine Aktion von solchem Ausmass in Angriff genommen werden konnte,

musste die Akzeptanz bei der Bevölkerung geprüft werden, denn ohne Mitarbeit der Betroffenen wäre es illusorisch, vertrauenswürdige Daten zu erwarten. Da die Versuchsphase überzeugende Resultate erbrachte, konnte die Operation eingeleitet werden. Die von Medienkampagnen sensibilisierte Öffentlichkeit ging auf die Ansuchen von UNMIK und OSZE, der Koordinatoren des Projekts, ein. Nahezu eine Million Personen wurden erfasst.

In der Region wurden insgesamt 220 Registrierzentren eingerichtet. Jedes Zentrum wurde von einem lokalen Team unter Leitung eines Mitglieds einer internationalen Organisation verwaltet. Es war äusserst wichtig, dass Manipulationsversuche, von welcher Seite auch immer, von gut ausgebildetem Personal verhindert werden konnten. Nach der Registrierung erhielt jede Person eine Identitätskarte. Auf spezielles Verlangen wurde für Auslandsreisen ein Reisedokument ausgestellt. Die Daten wurden zentral in Pristina aufgenommen, doch danach muss das Register auf Gemeindeebene verwaltet werden.

Schweizer Know-how

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beteiligte sich am Programm, indem es den Projektchef für den neuen Schweizer Pass zur Verfügung stellte. Die Kenntnisse des Experten waren entscheidend für die Produktion der Identitätskarten, die billig waren, aber den westlichen Sicherheitsstandards entsprachen. Dank des Zivilregisters konnten die Wahlen organisiert und die Wirtschaft angekurbelt werden. Es erleichtert auch die Arbeit der Polizei, sowohl innerhalb wie ausserhalb des Kosovo.

Tabelle 1
Überblick zur öffentlichen Hilfe der Schweiz 2000

Nach Definition der OECD ist die **öffentliche Entwicklungshilfe (APD)** die Gesamtheit der finanziellen Zuwendungen:

- Sie stammen von öffentlichen Organen (Bund, Kantone und Gemeinden).
- Sie sind abgestimmt auf die Bedingungen der Begünstigten (Schenkungen oder Darlehen zu günstigen Konditionen).
- Ihr vorrangiges Ziel ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.
- Sie sind bestimmt für die Länder und Regionen, die auf der OECD-Liste zu finden sind.

Diese Liste enthält 164 Länder und Regionen, die sich "in Entwicklung" befinden; in Europa gehören hierzu Ex-Jugoslawien, Albanien, Moldova, Malta und Gibraltar.

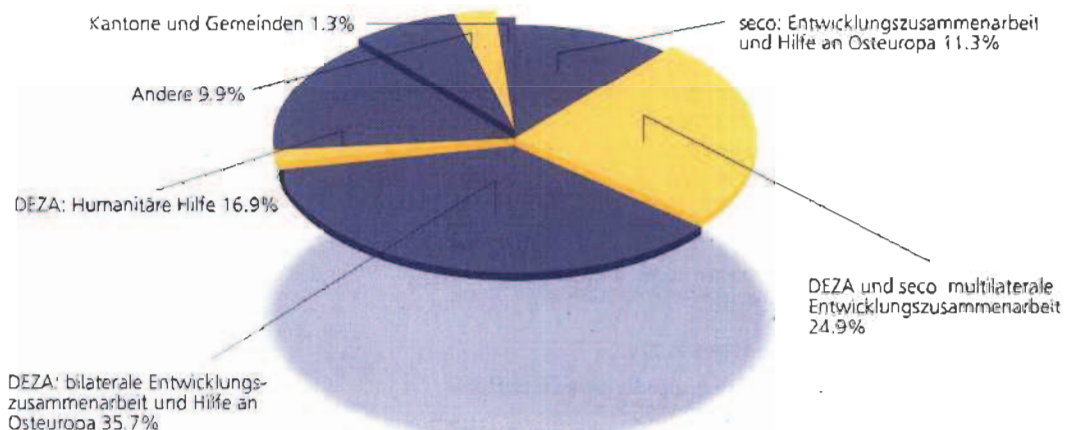
Die **öffentliche Hilfe** orientiert sich an vier gleich bleibenden Kriterien, doch die Länderliste variiert: Es handelt sich um so genannte Übergangsländer, um 12 Länder Zentral- und Osteuropas (mit Russland) und 13 Entwicklungsländer und -regionen, die als fortgeschrittener betrachtet werden (darunter befinden sich Israel, Hong Kong, die Bahamas, Singapur).

Finanzierungsquellen und Instrumente (Mio Fr.)	2000			1999	
	APD bilateral	APD multilateral	Öffentliche Hilfe	Total	Total
Bund	1'039.5	439.3	96.1	1'575.0	1'559.6
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)	763.3	369.1	42.2	1'174.8	1'178.0
Humanitäre Hilfe	228.0	24.5	9.6	262.2	308.7
Entwicklungszusammenarbeit ¹⁾	489.7	344.6	1.5	835.8	799.1
Zusammenarbeit mit Osteuropa	45.6		31.0	76.7	70.1
Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)	169.2	27.9	52.0	249.2	207.1
Entwicklungszusammenarbeit	104.9	27.9		132.8	110.3
Zusammenarbeit mit Osteuropa	64.2		52.0	116.3	96.8
Andere Departemente	106.9	42.1	1.8	150.9	174.4
Kantone und Gemeinden	19.9		1.8	21.7	22.6
Humanitäre Hilfe	4.2		0.1	4.4	4.3
Entwicklungszusammenarbeit	15.6		1.7	17.3	18.2
Total	1'059.5	439.3	97.9	1'596.8	1'582.3
Davon: Humanitäre Hilfe	311.6	24.5	9.7	346.0	403.5
Entwicklungszusammenarbeit	637.9	414.7	5.1	1'057.7	1'011.8
Zusammenarbeit mit Osteuropa	109.9		83.1	193.0	166.9
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)	1'059.5	439.3		1'498.8	1'478.3
BSP				436'093	417'314
Anteil der APD am BSP				0.34 %	0.35 %
Öffentliche Hilfe			97.9	97.9	103.9

¹⁾Die multilaterale finanzielle Zusammenarbeit (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und -fonds) ist eine "gemeinsame Aufgabe der DEZA und des seco" (Art. 8 Absatz 1 der Verordnung betreffend der Entwicklungszusammenarbeit vom 12.12.1977). Die entsprechenden Mittel sind im Budget der DEZA enthalten.

Grafik 1
Überblick der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2000

■ bilaterale Zusammenarbeit: 71%
 ■ multilaterale Zusammenarbeit: 29%



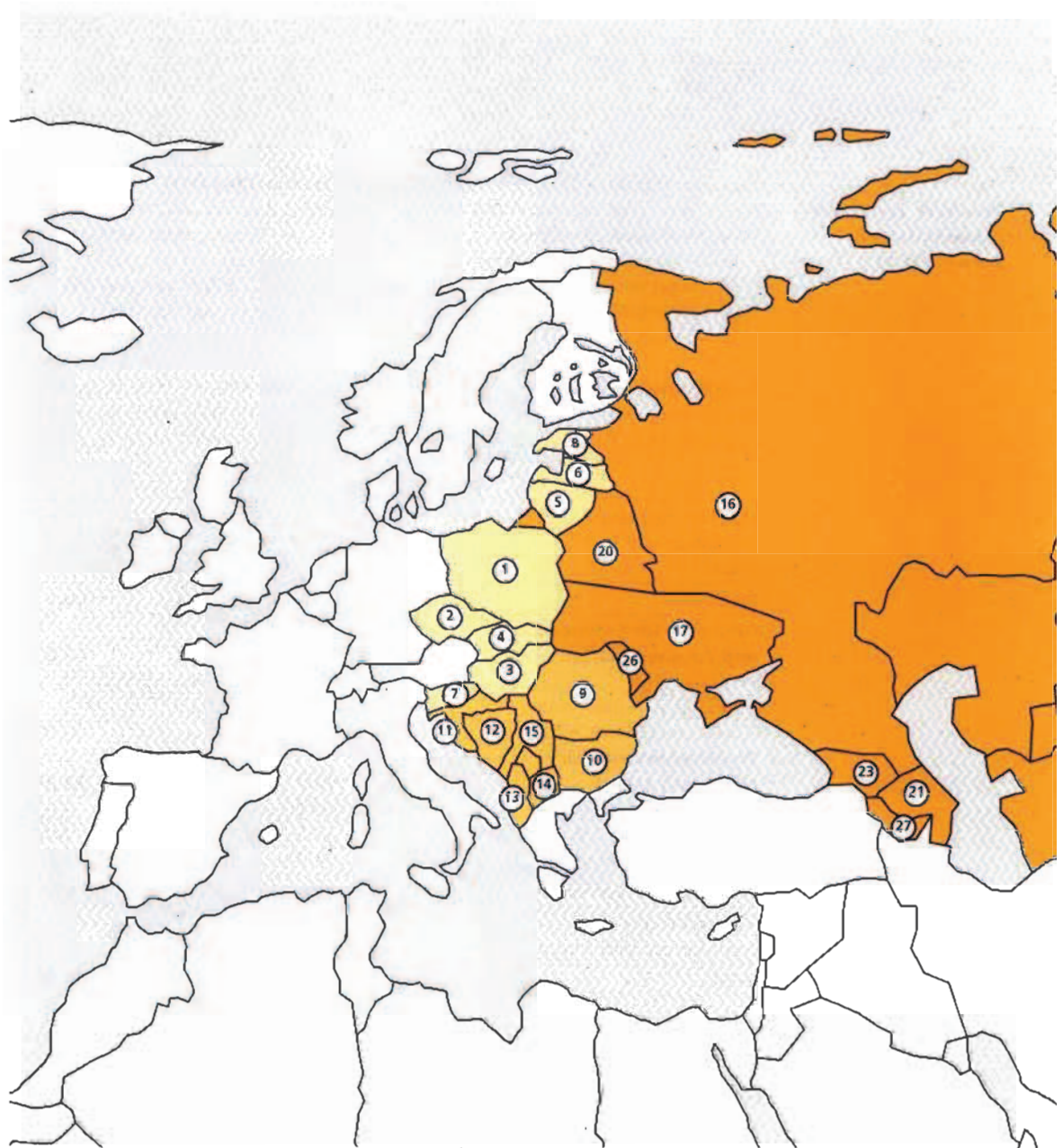


Tabelle 2

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

Die Partnerländer

	Bevölkerung 1998	Fläche in 1'000 km ²	Hauptstadt ¹⁾	BSP/Kopf (\$, 1998) ²⁾	Bevölkerung 19 ³⁾	
Mitteleuropa					Südosteuropa	
1 Polen ³⁾	38'666'152	323,3	Warschau	3'910	9 Rumänien	22'503'0
2 Tschechische Republik	10'294'900	78,8	Prag	5'150	10 Bulgarien	8'257'0
3 Ungarn	10'114'000	93,3	Budapest	4'510	11 Kroatien	4'501'0
4 Slowakei	5'391'000	49,9	Bratislava	3'700	12 Bosnien-Herzegowina	3'768'0
5 Litauen	3'703'000	65,5	Vilnius	2'540	13 Albanien	3'339'0
6 Lettland	2'449'000	64,4	Riga	2'420	14 Mazedonien ⁵⁾	2'009'9
7 Slowenien	1'982'000	20,0	Ljubljana	9'780	15 B.R. Jugoslawien (inkl. Kosovo)	11'206'0
8 Estland	1'449'710	45,5	Tallinn	3'360		

¹⁾ Die Schweiz unterhält in folgenden Städten Koordinationsbüros: Bischkek, Bukarest, Duschanbe, Kiew, Moskau, Pristina, Sarajewo, Skopje, Sofia, Tiflis, Tirana

²⁾ Das BSP/Kopf in der Schweiz betrug 1998 \$ 37'270

³⁾ Mitglied der schweizerischen Stimmrechtsgruppe bei den Bretton-Woods-Institutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds)

⁴⁾ Mitglied der schweizerischen Stimmrechtsgruppe bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

⁵⁾ Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

⁶⁾ Angaben von 1997

⁷⁾ Schätzung

Quelle: Weltbank Atlas



Fläche in 1'000 km ²	Hauptstadt ¹⁾	BSP/Kopf (\$, 1998) ²⁾
238.8	Bukarest	1'360
110.0	Sofia	1'220
56.6	Zagreb	4'620
51.1	Sarajewo	786 ⁶⁾
28.8	Tirana	810
25.5	Skopje	1'290
102.2	Belgrad	1'800 ⁷⁾

	Bevölkerung 1998	Fläche in 1'000 km ²	Hauptstadt ¹⁾	BSP/Kopf (\$, 1998) ²⁾
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)				
16	Russland	146'908'992	Moskau	2'260
17	Ukraine	50'295'000	Kiew	980
18	Usbekistan ^{3) 4)}	24'051'000	Taschkent	950
19	Kasachstan	15'593'490	Almaty	1'340
20	Weissrussland	10'239'000	Minsk	2'180
21	Aserbaidshan ^{3) 4)}	7'910'000	Baku	480
22	Tadschikistan ³⁾	6'115'000	Duschanbe	370
23	Georgien	5'442'000	Tiflis	970
24	Turkmenistan ^{3) 4)}	4'718'000	Aschkhabad	640 ⁶⁾
25	Kirgisistan ^{3) 4)}	4'699'000	Bischkek	380
26	Moldova	4'298'000	Chisinau	380
27	Armenien	3'795'000	Jerevan	460

Tabelle 3

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Verpflichtungen per Ende 2000 und Auszahlungen 2000 nach Instrumenten (1., 2. und 3. Rahmenkredit)

Instrumente	Verpflichtungen per Ende 2000	Auszahlungen 2000
	Mio Fr.	Mio Fr.
Technische Zusammenarbeit	751.5	77.0
Finanzielle Zusammenarbeit ¹⁾		
Finanzierungszuschüsse	842.6	97.7
Kreditgarantien ²⁾	379.9	–
Zahlungsbilanzhilfen/Entschuldungsmassnahmen	23.2	–
Handels- und Investitionsförderung	143.8	13.4
Total	2'140.9	188.2

¹⁾Ohne Durchführungs- und Verwaltungskosten
²⁾Kreditgarantien werden nur im Schadenfall ausgabenwirksam

1. Technische Zusammenarbeit

Technische Zusammenarbeit soll Eigeninitiative und Fähigkeiten in den Reformländern mobilisieren. Im Rahmen von inhaltlich, zeitlich und finanziell genau definierten Projekten werden dem Empfängerland qualifizierte Experten zur Verfügung gestellt, die wirtschaftliches, organisatorisches, wissenschaftliches, technisches oder kulturelles Fachwissen vermitteln und bei der Planung und Durchführung bestimmter Arbeiten mitwirken. Technische Zusammenarbeit umfasst demnach Beratung, Ausbildung und damit zusammenhängende Sachleistungen und andere Projektkosten. Die nicht rückzahlbaren Projekte werden im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit gemeinsam mit dem begünstigten Land realisiert.

2. Finanzielle Zusammenarbeit

• Finanzierungszuschüsse

Mit Finanzierungszuschüssen werden vordringliche Projekte unterstützt, die kommerziell nicht finanzierbar sind und für die in der Schweiz ein technisch und preislich günstiges Angebot besteht. Finanzierungszuschüsse müssen nicht zurückbezahlt werden. Die bisher finanzierten Projekte konzentrieren sich auf die Bereiche Umwelt, Energie, Gesundheitswesen und Infrastruktur. Die Unterstützung erfolgt mittels bilateraler Projekte oder durch Kofinanzierungen mit internationalen Institutionen wie der Weltbank oder der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD).

• Kreditgarantien

Kreditgarantien aus den Osteuropa-Rahmenkrediten kommen in jenen Ländern zum Tragen, in denen die schweizerische Exportrisikogarantie nicht

oder nur teilweise verfügbar ist. Die Kreditgarantien ermöglichen es diesen Ländern, Investitionsgüter zu importieren, die für ihre wirtschaftliche Entwicklung zentral sind.

• Zahlungsbilanzhilfen/Entschuldungsmassnahmen

Die Schweiz beteiligte sich seit 1990 mehrmals an international abgestimmten Zahlungsbilanzhilfen und Entschuldungsaktionen (z. B. in Form von Debt for Nature Swaps) für mittel- und osteuropäische Länder. Die Gründe: In fast allen Ländern haben die Kosten des Systemwechsels und der zum Teil grosse Schuldendienst zu einer Devisenknappheit geführt. In einzelnen Ländern hat die Verschuldung ein Ausmass angenommen, das den wirtschaftlichen Transformationsprozess hemmt oder gefährdet.

• Handels- und Investitionsförderung

Die Handelsförderung verfolgt das Ziel, die Exportwirtschaft der osteuropäischen Staaten zu stärken und ihnen dadurch eine bessere Beteiligung am Weltmarkt zu ermöglichen. Spezialisierte Institutionen wie die schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC) oder das Internationale Handelszentrum (ITC) in Genf führen konkrete Aktionen durch, z. B. zur Verbesserung der Produktequalität oder des Exportmarketings.

Den Privatinvestitionen kommt im wirtschaftlichen Reformprozess eine zentrale Bedeutung zu. Die Schweiz fördert über verschiedene nationale und internationale Institutionen gezielt die privaten Direktinvestitionen (z. B. durch Kontaktvermittlung und Vorinvestitionsstudien).

ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA

Tabelle 4

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Verpflichtungen per Ende 2000 nach Ländern (1., 2. und 3. Rahmenkredit)

	Technische Zusammenarbeit		Finanzielle Zusammenarbeit (ohne Kreditgarantien)		Kreditgarantien	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
Mitteleuropa	198.6	26	407.0	39	123.1	32
Polen	37.5	5	116.0	11	109.4	29
Ungarn	36.9	5	41.7	4	-	-
Slowakei	14.6	2	35.5	3	3.8	1
Tschechische Republik	15.5	2	34.4	3	-	-
Lettland	5.1	1	24.0	2	5.5	1
Litauen	5.3	1	20.1	2	2.7	1
Estland	1.6	-	20.0	2	-	-
Slowenien	3.4	-	-	-	1.7	-
Regional	78.5	10	115.2	11	-	-
Südosteuropa	282.9	38	386.4	37	65.8	18
Bulgarien	49.3	7	62.0	6	45.4	12
Bosnien-Herzegowina	59.6	8	61.9	6	-	-
Albanien	53.3	7	62.2	6	-	-
Rumänien	54.3	7	55.9	5	-	-
Mazedonien	29.1	4	33.4	3	10.1	3
Jugoslawien (B.R.)	3.8	1	67.4	6	-	-
Kroatien	3.6	-	-	-	10.8	3
Regional	29.5	4	43.5	4	-	-
GUS	269.9	36	261.0	25	191.0	50
Russland	78.2	10	67.6	6	101.9	27
Kirgisistan	59.2	8	32.1	3	-	-
Ukraine	16.6	2	44.4	4	30.0	8
Tadschikistan	10.1	1	14.1	1	-	-
Weissrussland	-	-	12.3	1	9.1	2
Aserbaidschan	0.8	-	13.4	1	-	-
Uzbekistan/Kasachstan	0.7	-	7.5	1	-	-
Moldova	0.2	-	6.4	1	-	-
Georgien	2.7	-	3.1	-	-	-
Regional	101.0	13	60.1	6	50.0	13
Total	751.5	100	1'054.5	100	379.9	100

Grafik 2

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Verpflichtungen per Ende 2000

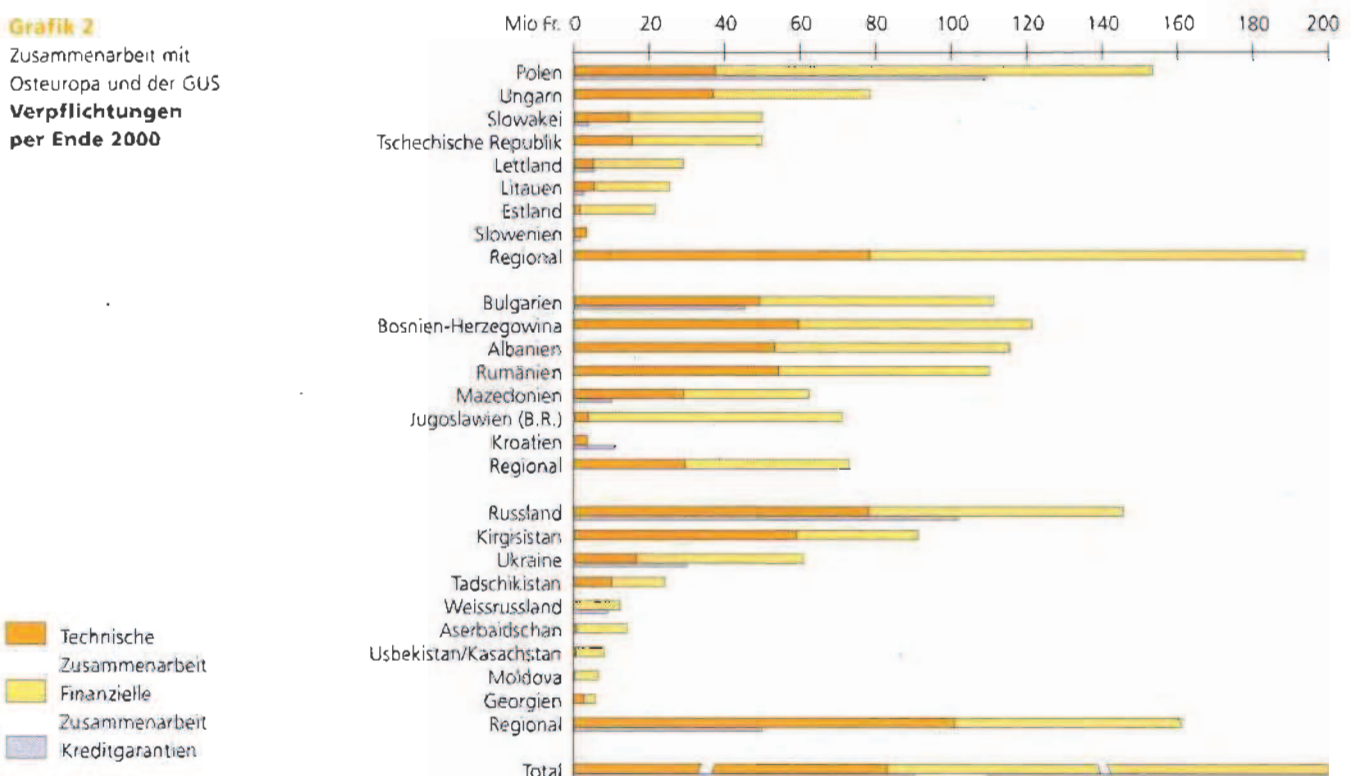


Tabelle 5

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Sektorielle Aufteilung der Verpflichtungen per Ende 2000 (1., 2. und 3. Rahmenkredit)

	per Ende 2000	
	Mio Fr.	%
Technische Zusammenarbeit		
Politik und Staatsaufbau	229.3	31
Wirtschaft/Bildung	117.6	16
Wissenschaft/Kultur	108.6	14
Landwirtschaft	104.5	14
Gesundheit/Soziales	104.2	14
Energie/Umwelt	87.1	12
Total	751.5	100
Finanzierungszuschüsse		
Umwelt	287.3	34
Energie	178.6	21
Gesundheitswesen	122.6	15
Infrastruktur (Kataster, Metrologie)	60.7	7
Telekommunikation	43.7	5
Bankwesen	48.0	6
Transport	21.5	3
Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte	13.8	2
Diverse Bereiche	66.2	8
Total	842.6	100

Tabelle 6

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Kreditgarantien/ Sektorielle Aufteilung der Verpflichtungen

	per Ende 2000	
	Mio Fr.	%
Maximal verfügbare Garantiesumme	379.9	129
Bewilligte Gesuche bis 31.12.00:		
Maschinenindustrie	131.2	45
Energie	32.1	11
Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte	31.9	11
Textilindustrie	26.5	9
Chemische Industrie	27.1	9
Telekommunikation	17.7	6
Diverse Bereiche	26.8	9
Total	293.7	100

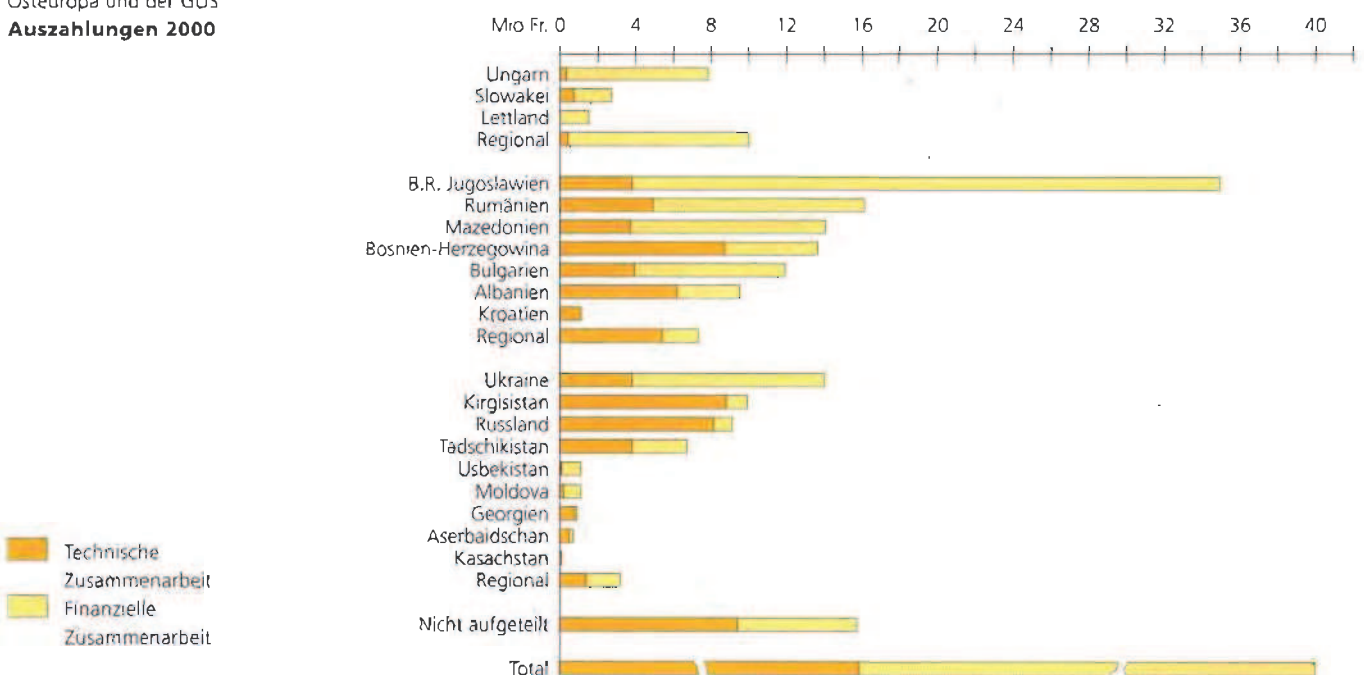
Tabelle 7

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Auszahlungen 2000 nach Ländern

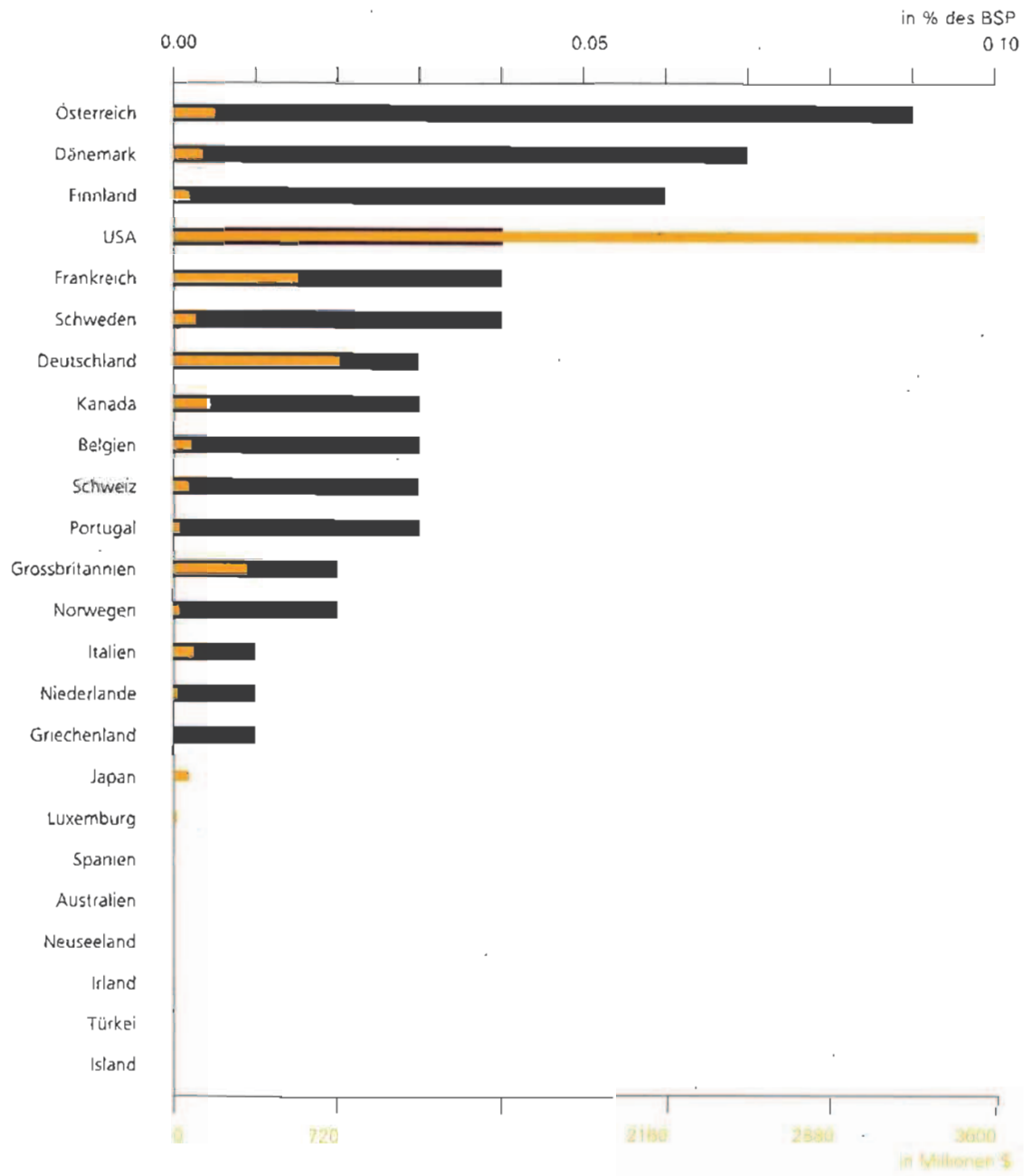
	Technische Zusammenarbeit		Finanzielle Zusammenarbeit ohne Kreditgarantien	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
Mitteuropa	1.4	2	20.6	18
Ungarn	0.3		7.5	6
Slowakei	0.7	1	2.0	2
Lettland	-		1.5	1
Regional	0.4	1	9.6	8
Südosteuropa	38.1	49	70.7	60
B.R. Jugoslawien (Serbien, inkl. Kosovo, Montenegro)	3.8	5	31.1	26
Rumänien	4.9	6	11.2	9
Mazedonien	3.7	5	10.3	9
Bosnien-Herzegowina	8.7	11	4.9	4
Bulgarien	3.9	5	8.0	7
Albanien	6.2	8	3.3	3
Kroatien	1.1	1	-	
Regional	5.4	7	1.9	2
GUS	28.0	36	19.5	17
Ukraine	3.8	5	10.2	9
Kirgisistan	8.8	11	1.1	1
Russland	8.1	11	1.0	1
Tadschikistan	3.8	5	2.9	2
Uzbekistan	0.1		1.0	1
Moldova	0.2		0.9	1
Georgien	0.8	1	0.1	
Aserbaidschan	0.5	1	0.2	
Kasachstan	0.1		-	
Regional	1.4	2	1.8	2
Geografisch nicht aufgeteilt	9.4	12	6.3	5
Total	77.0	100	117.3	100

Grafik 3

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Auszahlungen 2000



Grafik 4
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Unterstützung zugunsten der Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der GUS 1999 Mitgliederländer des Entwicklungshilfekomitees der OECD (DAC)



Quelle: OECD, Paris 2001 ■ in % des BSP ■ in Millionen Dollar

Die Schweiz handelt mit der Internationalen Staatengemeinschaft

Die Schweiz ist unter anderem Mitglied des Europarates, der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der World Trade Organisation (WTO).

An der 1991 für die Unterstützung Osteuropas gegründeten Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) beteiligt sich die Schweiz mit rund 400 Mio. Franken oder 2.3% des Aktienkapitals

Ferner ist die Schweiz Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Weltbank (IBRD), der G-24 (Gruppe der 24 westlichen Industrieländer für die Koordination der Zusammenarbeit mit Osteuropa) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Schweiz koordiniert ihre Aktionen zugunsten der Reformländer laufend mit all diesen Organisationen. Sie führt auch gemeinsam mit diesen Organisationen Projekte durch, z. B. mittels Kofinanzierungen.

Herausgeber

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit (DEZA),
Eidg. Departement für auswärtige
Angelegenheiten (EDA), 3003 Bern
Tel.: 031 322 44 12
Fax: 031 324 13 48
Internet: www.deza.admin.ch
E-mail: info@deza.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco),
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD),
3003 Bern

Tel.: 031 322 56 56
Fax: 031 322 56 00
Internet: www.seco.admin.ch
E-mail: info@seco.admin.ch

Gestaltung

Etter Grafik, Zürich

Text

Ariane Geiser, Neuenburg

Statistiken

Etienne Dollfus, DEZA
Christiane Sollberger, DEZA

Redaktion/Koordination

Catherine Vuillray, DEZA

Fotos

Laura Hasani (Umschlag, S. 1, 4, 7)
Tony Allen (S. 2, 6, 8)
DEZA (S. 3)
Dagmar Vogel (S. 5, 6)

50'103

ISBN 3-905398-85-0



DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT DEZA
DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION DDC
DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE DSC
SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION SDC
AGENCIA SUIZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN COSUDE

Staatssekretariat für Wirtschaft
Secrétariat d'Etat à l'économie
Segretariato di Stato dell'economia
State Secretariat for Economic Affairs



D

JAHRESBERICHT



2000



DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ

Die **öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz** beläuft sich auf rund 1,4 Milliarden Franken pro Jahr, das sind ungefähr 0,33 Prozent des Brutto-sozialprodukts oder täglich 54 Rappen pro Einwohner. Sie umfasst alle vom Bund, den Kantonen und Gemeinden für die Entwicklungsländer, die internationalen Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen zu Vorzugsbedingungen bereitgestellten Mittel.

Welches sind ihre konkreten **Ziele**? Im Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die Entwicklungszusammenarbeit und die internationale humanitäre Hilfe wird festgehalten: «Sie unterstützt die Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben.»

Im März 1994 definierte der Bundesrat in seinem Bericht zu den Nord-Süd-Beziehungen der Schweiz in den 90er Jahren das Leitbild der **Entwicklungspolitik**. Daraus gingen vier Hauptthemen hervor: Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit, Förderung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat; Förderung der Wohlfahrt und bessere Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum; Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit namentlich für die Frauen; und schliesslich Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Auf eidgenössischer Ebene sind zwei Bundesämter für Konzept und Umsetzung der Entwicklungshilfe zuständig: die **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**, die zum Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gehört, und das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** im Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Ihre wichtigsten Instrumente sind technische Zusammenarbeit, Finanzhilfe, Wirtschafts- und Handelsmassnahmen sowie humani-

tare Hilfe. Die DEZA koordiniert die Aktionen.

Die **DEZA** umfasst vier Bereiche: Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit mit Osteuropa. Sie erbringt ihre Leistungen mit einem Jahresbudget von ungefähr 1,1 Milliarde Franken und über 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland durch direkte Aktionen, Unterstützung von Programmen multilateraler Organisationen, durch Mitfinanzierungen und Beiträge an Programme schweizerischer und internationaler Hilfswerke.

Ziel der **Entwicklungszusammenarbeit** ist die Armutsbekämpfung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert namentlich die wirtschaftliche und staatliche Eigenständigkeit, trägt zur Verbesserung der Produktionsbedingungen bei, hilft bei der Bewältigung von Umweltproblemen und sorgt für besseren Zugang zur Bildung und gesundheitlichen Grundversorgung der am meisten benachteiligten Bevölkerung.

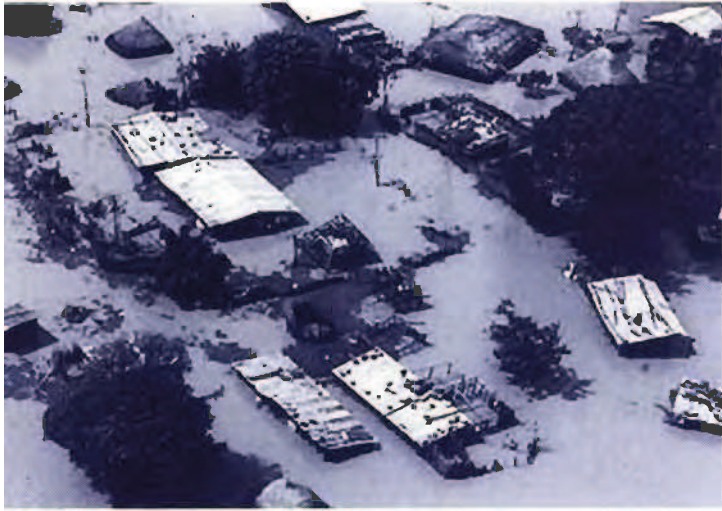
Leben retten und Leiden lindern ist der Auftrag der **Humanitären Hilfe** des Bundes. Sie leistet nach Naturkatastrophen und bei bewaffneten Konflikten direkte Hilfe durch Einsätze des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) und unterstützt humanitäre Partnerorganisationen.

Die **Länder Osteuropas** und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) unterstützt die DEZA auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Wissenstransfer und Beiträgen zu Problemlösungen.

Während die humanitäre Hilfe bedarfsbezogen dort geleistet wird, wo sie am notwendigsten ist, konzentriert sich die bilaterale Entwicklungszusam-

menarbeit auf 17 Schwerpunktländer und -regionen sowie vier Länder mit Spezialprogrammen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die technische Zusammenarbeit mit Osteuropa konzentriert sich auf zehn Länder in Südosteuropa und der GUS. Multilateral arbeitet die DEZA insbesondere mit den Organisationen des UNO-Systems, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen. Insgesamt sind über 900 mehrjährige Programme und Projekte in Arbeit.

Das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** seinerseits definiert die Wirtschafts- und Handelsmassnahmen der Entwicklungszusammenarbeit: Mischkredite, an denen sich sowohl der Bund wie die Schweizer Banken beteiligen, Zahlungsbilanzhilfen, Anstrengungen für die Handelsförderung und, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, Aktionen im Bereich Basisprodukte. Ein wesentlicher Teil dieser Massnahmen ist für die Länder Osteuropas und der GUS vorgesehen. Das seco ist ausserdem der Hauptakteur in der Entschuldungsstrategie, welche für die am stärksten verschuldeten Länder ausgearbeitet wurde



INHALT

HUMANITÄRE HILFE

- 2 **EDITORIAL**
Schweizer Koordination für eine effizientere Hilfe
nach den Überschwemmungen in Mosambik

MOSAMBIK NACH DEN ÜBERSCHWEMMUNGEN

- 4 **GEMEINSAME AKTION**
Koordinierte Hilfe für die Opfer
- 5 **GESUNDHEIT**
Medikamentenverteilung nach Bedürfnissen
- 6 **ABWASSERREINIGUNG**
Sicherstellung der Trinkwasserversorgung
- 7 **DIE ROLLE DER NGOs**
Die Nutzung des lokalen Solidaritätsnetzes
- 9 **STATISTISCHER TEIL**
Tabellen und Grafiken

SCHWEIZER KOORDINATION FÜR EINE EFFIZIENTERE HILFE NACH DEN ÜBERSCHWEMMUNGEN IN MOSAMBIK



Die Überschwemmungen, welche Mosambik zu Beginn des Jahres 2000 heimsuchten, waren die schlimmsten seit einem halben Jahrhundert. Sie verwüsteten die Kulturen und zerstörten die Infrastrukturen in fünf Provinzen im Zentrum und im Süden des Landes. Über eine Million der insgesamt 19 Millionen Menschen in Mosambik waren direkt betroffen, die Hälfte davon hat alles verloren. Dank den langjährigen Erfahrungen in diesem Schwerpunktland, in dem sie seit 1979 präsent ist, konnte die Schweiz eine entscheidende Rolle sowohl bei der Soforthilfe für die Opfer wie beim Wiederaufbau übernehmen.

Die internationale Gemeinschaft hat sich stark eingesetzt, um die dramatischen Auswirkungen dieser Sintflut auf Menschen und Wirtschaft zu lindern. Diese beeindruckende Reaktion ist namentlich durch das Sympathiekapital erklärbar, über das Mosambik verfügt. Dieses Land, das nach 17 Jahren Bürgerkrieg zu einem Wiederaufbau fähig war, steht bei der Weltbank und beim Internationalen Währungsfonds in der Tat im Ruf eines «guten Schülers». Dank einer gelungenen Versöhnungspolitik und bedeutenden Wirtschaftsreformen wies es in den letzten drei Jahren eine Wachstumsrate von jährlich über 10 Prozent auf.

Ein weiterer Faktor, der zur Auslösung von umfangreichen humanitären Operationen führte, war die Berichterstattung in den Medien. Katastrophenbilder wie die aussergewöhnliche Rettung der kleinen, auf einem Baumwipfel geborenen Rosita gingen um die Welt und lösten beim Publikum Wellen des Mitgefühls und der Solidarität aus. Dank dieser Emotionen kamen aus privaten Kreisen in der Schweiz 18 Millionen Franken für die Hilfe an die Opfer zusammen, die über die Glückskette und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) gespendet wurden. Mit den zusätzlichen 12 Millionen der Schweizer Regierung konnte das mosambikanische Volk mit insgesamt rund 30 Millionen Franken unterstützt werden.

Der Übergang von der Soforthilfe zum Wiederaufbau

In diesem Bericht, welcher der Humanitären Hilfe der Schweiz in Mosambik gewidmet ist, möchten wir vier bedeutende Aspekte vorstellen, die aufzeigen, welche Aktivitäten in der Notfallphase durchgeführt wurden und wie anschliessend der Wiederaufbau eingeleitet wurde. Für diese Aktivitäten war die Hilfe des Koordinationsbüros der DEZA in Maputo entscheidend. Dieses verfügt dank seiner langen Präsenz über ein institutionelles Wissen und ein weites Kontaktnetz.

Der erste Artikel beschreibt die gemeinsame Operation Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zur Trinkwasserversorgung der Bevölkerung. Die Evaluation eines Spezialisten des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH), dem das DEZA-Personal vor Ort zur Seite stand, war wesentlich für die Bestimmung der Prioritäten und die Koordination der Aktivitäten.



Das zweite Beispiel zeigt die Zusammenarbeit mit dem Project Hope, einer NGO, welche dank ihrer Kontakte zur pharmazeutischen Industrie dem mosambikanischen Gesundheitsministerium Medikamente in grossen Mengen liefern konnte. Die DEZA übernahm die Kosten der Koordination und der Logistik des Projekts. Das dritte Beispiel illustriert, wie wichtig es ist, die lokalen Kapazitäten in den Bereichen Wasser und Abwasserreinigung zu stärken. Die Humanitäre Hilfe der Schweiz konnte in Schlüsselsektoren der mosambikanischen Verwaltung eine konstruktive Partnerschaft aufbauen.

Die fundamentale Rolle der Nicht-Regierungsorganisationen

Die Aktivitäten der NGOs sind in der Regel eine Ergänzung zu jenen der Regierungen. Im vierten Beitrag werden jene des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH) vorgestellt, die zeigen, wie eine solche Organisation nach 20-jähriger Präsenz in der Gesellschaft verankert ist. Die lokalen Partnervereinigungen des SAH konnten den von den Unwettern Geschädigten rasche Hilfe und danach effiziente Unterstützung beim Wiederaufbau leisten. Die DEZA lässt einen Teil ihrer Hilfspolitik von NGOs realisieren, insbesondere Projekte zur Stärkung der Autonomie und der Emanzipation der Basisgemeinschaften.

Dieser Überblick über die Humanitäre Hilfe der Schweiz muss natürlich in den Kontext der gesamten internationalen Aktivitäten in Mosambik gestellt werden. Die Geber einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen, und die Überlegungen bezogen sich auf die langfristige Entwicklung. Die Koordination der Akteure war im Fall Mosambik optimal. Ohne die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft wäre die Regierung mit einer Katastrophe von derartigen Ausmass nicht fertig geworden. Und damit wären die in den letzten zehn Jahren erreichten Fortschritte der Entwicklung gefährdet gewesen.

Walter Fust
Botschafter
Direktor der DEZA

KOORDINIERTE HILFE FÜR DIE OPFER



In Mosambik findet die Regenzeit im Allgemeinen von November bis März statt. Dabei sind sintflutartige Niederschläge normal, und es kommt regelmässig zu Hochwasser. Diese wiederholt auftretende Situation erklärt, dass nach den ersten Überschwemmungen anfangs Februar 2000 die internationale Hilfe nicht sofort ins Rollen kam. Der Durchgang eines Wirbelsturms am 21. Februar verstärkte das Ausmass der Katastrophe, und ab Anfang März wurde dann Hilfe in grossem Stil organisiert.

Dabei kam es zu einer spektakulären Mobilisierung. Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), UNO-Sonderorganisationen und ausländische Truppen leiteten die verschiedensten Operationen ein. Im Bewusstsein der Wichtigkeit einer Koordinierung vereinten Deutschland, Österreich und die Schweiz ihre Bemühungen in einem Joint Venture, um die Hilfe für die geschädigten Regionen so effizient wie möglich zu gestalten. Diese Intervention mit dem Titel DACH – den Abkürzungen der drei Länder – vermochte insbesondere die Trinkwasserversorgung einer Region sicherzustellen.

Einsatz nach Know-how

Es wurde beschlossen, die Aufgaben unter den drei Ländern entsprechend ihrem Know-how zu verteilen. Die Schweiz hat die Koordinierung übernommen, Deutschland kümmerte sich um den Transport der über 90 Tonnen Material und Österreich war verantwortlich für die Trinkwasserversorgung und sanitäre Fragen. Bevor sich das Personal vor Ort begab, wurde in einer ersten Etappe eine Evaluation durch ein Mitglied des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps vorgenommen.

So konnte der Spezialist für ein «Emergency Management» (Notfallmanagement) nach Diskussionen mit den mosambikanischen Behörden und Vertretern von UNO-Organisationen die Orte bestimmen, an denen Hilfe nötig war. Fünf Städte, drei davon in der Nähe des Flusses Limpopo, wurden der DACH zugewiesen; gleichzeitig wurde in Chibuto ein logistisches Zentrum eingerichtet. Kurz darauf traf die österreichische Einheit, die aus etwa 60 Personen bestand, im Feld ein, um die Geschädigten aus provisorischen Wasseraufbereitungszentren mit Trinkwasser zu versorgen.

Mehrere Aktionsbereiche

Diese Gruppe half auch beim Wiederaufbau der Wasserbezugsstellen mit, welche von den Unwettern verwüstet waren, bot medizinische Grundversorgung an und half den Gemeinden in den Bereichen Elektrizität und Mechanik. Über 10 000 Personen profitierten von diesen DACH-Aktivitäten. Die Bilanz ist sehr positiv, denn dank der Versorgung mit sauberem Trinkwasser blieben die Vertriebenen dieses Gebiets weitgehend von Cholera- und anderen Durchfallerpidemien verschont.

MEDIKAMENTENVERTEILUNG NACH BEDÜRFNISSEN

Nach Naturkatastrophen und bei Konflikten gelangen Medikamente im Allgemeinen in grossen Mengen und über verschiedene Kanäle in die Krisenländer. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind zwischen 15 und 60 Prozent dieser Spenden nicht brauchbar: Entweder ist das Verfallsdatum überschritten, die Medikamente sind schlecht angeschrieben

Effiziente Koordination

Die DEZA war sich des Problems bewusst und finanzierte ein Koordinationsprojekt zwischen Spendern und Bezüglern der Medikamente. Sie spielte eine Vermittlerrolle, damit die Medikamentenspenden den Bedürfnissen des Landes möglichst gerecht wurden. Die Medikamente im Wert von vier bis fünf

Landes angepasst wurden; entweder für den Notfalleinsatz oder für die Aufstockung der normalen Lager. Zum Projekt der DEZA gehörte auch die Betreuung der Transporte und der Zollabfertigung. Auch die Logistikkosten wurden von der DEZA übernommen, insgesamt waren die Kosten aber bescheiden: Sie lagen im Jahr 2000 bei knapp 160 000 Franken.



oder die für das lokale Gesundheitswesen Verantwortlichen kennen sie nicht. Daraus ergeben sich Tonnen von unbrauchbaren Produkten, die oft zu einer Gefahr für die Umwelt werden.

Zu einer solchen Situation kam es auch, als die Regierung Mosambiks wegen der Überschwemmungen um Hilfe appellierte. Die meisten Medikamente wurden ohne vorherige Absprache mit dem Gesundheitsministerium versandt. Dessen Personal musste nach dem Ausladen im Flughafen von Maputo in mühsamer Arbeit die Medikamente sortieren, obwohl in dieser Notfallsituation andere Prioritäten galten.

Millionen Dollar waren vom Project Hope gespendet worden, einer Nicht-Regierungsorganisation, welche im medizinischen Bereich aktiv ist und von Firmen der Pharmaindustrie Hilfe bezieht. Project Hope gehört zu der Partnerschaft für Spenden von hochwertigen Medikamenten, die aus pharmazeutischen Labors und privaten Freiwilligenorganisationen besteht.

Dank dem ständigen Kontakt mit der pharmazeutischen Abteilung des Gesundheitsministeriums konnten die Medikamente in fortlaufenden Posten versandt werden, wobei sie in Menge und Qualität den Bedürfnissen des

Epidemieprävention

Project Hope begnügte sich nicht damit, Medikamente nach Mosambik zu liefern. Auf Bitten der Behörden befasste es sich damit, die Medikamente in einem Verteilsystem zu kanalisieren. Das Ziel des gesamten Programms war es, Malaria-, Cholera- oder andere Epidemien zu verhindern, indem die auftretenden Fälle rasch behandelt wurden, um weitere Ansteckungen zu vermeiden. Die Zahl der Krankheitsfälle war hoch, trotzdem kam es nicht zu grossflächigen Epidemien.

SICHERSTELLUNG DER TRINKWASSERVERSORGUNG



Es scheint vielleicht paradox, aber eines der grossen Probleme bei den Überschwemmungen in Mosambik war die Wasserversorgung für die geschädigte Bevölkerung. Sie brauchte Trinkwasser, denn das Wasser um sie herum war voller Krankheitskeime.

Die Wassermengen, die Hunderttausende von Hektaren in den Provinzen im Süden überfluteten, zerstörten die meisten Wasserquellen. Auch das Verteilernetz und die Pumpen erlitten grosse Schäden. Deshalb erarbeitete die Regierung ein Programm zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastrukturen. Vorgesehen waren namentlich die Instandstellung von kleinen Wasserversorgungssystemen, das Graben von Brunnen, die Säuberung von Drainagesystemen und der Bau von Latrinen.

Prioritärer Sektor

Die Trinkwasserversorgung und die Verbesserung der sanitären Bedingungen gehören zu den 14 vorrangigen Sektoren, welche die Regierung im Wiederaufbauprogramm festgelegt hatte, das sie am 3. und 4. Mai 2000 in Rom der Gebergemeinschaft präsentierte. Die Kosten des Programms belaufen sich auf 450 Millionen Dollar, wovon 27 Millionen für Wasserprojekte vorgesehen sind. Die DEZA verpflichtete sich, der Nationalen Wasserdirektion (DNA) institutionelle Unterstützung zu gewähren.

So stellte sie einen Notfallmanagement-Experten zur Verfügung, welcher der DNA half, eine Notfalleinheit aufzubauen. Diese wurde teilweise von der DEZA finanziert und funktionierte recht gut. Sie ergriff Massnahmen zur Sicherstellung von Trinkwasser für die Opfer der Überschwemmungen. Effiziente Arbeit und Transparenz ge-

genüber den Gebern trugen zum Erfolg bei. Die Notfalleinheit war dann auch verantwortlich für das gesamte Wiederaufbauprogramm in den Bereichen Wasser und Abwasserreinigung und sorgte für neue, solide Installationen. Sie spielte eine Mittlerrolle zwischen der DNA und den Gebern.

Leistungsfähigeres Personal

Ein weiterer Schweizer Experte, der in die Notfalleinheit integriert ist, befasst sich damit, die Fähigkeiten des Personals in allen fünf von den Überschwemmungen betroffenen Provinzen zu fördern. Er unterstützt namentlich die mosambikanischen Ingenieure bei der technischen Kontrolle der ausgeführten Arbeiten. So wurden Deiche gebaut, um drei Städte vor den Überschwemmungen des Limpopo zu schützen. Zusammen mit weiteren Schutz- und Präventionsbauten sollen sie die Gefahr künftiger Überschwemmungen so klein wie möglich halten.

DIE NUTZUNG DES LOKALEN SOLIDARITÄTSNETZES

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH), das seit 20 Jahren in Mosambik tätig ist, baute – zum Teil dank Finanzierungen durch die DEZA – Beziehungen mit lokalen Vereinigungen auf, mit denen es so genannte «Grassroot-Projekte» erarbeiten konnte: Das sind Projekte zur Unterstützung der Landwirtschaft, der Alphabetisierung, der Ausbildung und der Dorfaktivitäten sowie Projekte zur Aufklärung der Frauen über ihre Rechte. Das SAH konzentriert seine Arbeit auf zwei Provinzen. So war das SAH, als diese Regionen von den Unwettern des Jahres 2000 betroffen waren, in der Lage, rasch Hilfe zu organisieren. Nach der Soforthilfe konnte es ausserdem für die Wiederaufbauphase auf die Motivation seiner Partner zählen.

Dank seiner Kenntnis der lokalen Strukturen konnte das SAH bestens auf die Bedürfnisse eingehen. Zuerst ging es darum, das Überleben der Geschädigten zu sichern, indem sie Nahrung und ein provisorisches Dach erhielten. Es wurde ein breites Solidaritätsnetz namentlich mit Hilfe von Frauenorganisationen, Gewerkschaften und gegenseitiger Unterstützung unter der Bevölkerung aufgebaut. Vertreter und Vertreterinnen dieser Organisationen, die bisher nicht zusammengearbeitet hatten, bildeten Arbeitsgruppen. Diese Art der Zusammenarbeit weckte Verständnis für die Situation der anderen, und es wurde gemeinsam nach Lösungen gesucht.

Schnelles Handeln

Eine Vorbedingung für das Einleiten der Operation war es, die Bewilligung der Behörden, insbesondere des nationalen Instituts für Katastrophenmanagement zu erhalten. Nachdem dieses grünes Licht gegeben hatte, ging alles sehr schnell. Den Familien, die alles verloren hatten, wurden die nötigsten Artikel wie Kleider, Decken und Haushaltsgeräte abgegeben. Praktisch gleich-

zeitig wurden Saatgut und landwirtschaftliche Geräte verteilt. Sobald das Land nicht mehr überschwemmt war, mussten Mais und Bohnen gesät werden, um für das Überleben einige Monate später vorzusorgen.

Diese Notfallphase dauerte drei Monate, während denen nahezu 12 000 Familien, also rund 70 000 Personen, Hilfe erhielten. Darauf folgte die Etap-

Schulmaterial erhalten, und mehrere Schulen waren wieder aufgebaut.

Nachhaltige Entwicklung

Die Aktivitäten des SAH, die teils von der DEZA finanziert wurden, hatten auch Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, da fast alle verteilten Güter vor Ort gekauft wurden. Die Erstellung der nach viel höheren Qualitätsstandards



pe des Wiederaufbaus, in der den Geschädigten geholfen wurde, die Grundlage ihres Lebens in Familie und Gesellschaft wieder aufzubauen. Das SAH entschied sich, vier Bereiche vorranglich zu behandeln: Verbesserung der Ernährungssituation, Zugang zu Trinkwasser, Unterstützung der Erziehung und Hilfe für die Frauen. Ende 2000 hatten über 18 000 Kinder

als in der Vergangenheit errichteten Gebäude wurde lokalen Unternehmen übertragen. Zudem: Durch die Verbesserung der Infrastrukturen in den verwüsteten Landgebieten wurden die Defizite, die gegenüber der Stadt bestanden, reduziert. Die Partnerschaft mit den lokalen Vereinigungen hat zur nachhaltigen Entwicklung dieser Region beigetragen.



Tabelle 1
Überblick zur öffentlichen Hilfe der Schweiz 2000

Nach Definition der OECD ist die **öffentliche Entwicklungshilfe (APD)** die Gesamtheit der finanziellen Zuwendungen:

- Sie stammen von öffentlichen Organen (Bund, Kantone und Gemeinden).
- Sie sind abgestimmt auf die Bedingungen der Begünstigten (Schenkungen oder Darlehen zu günstigen Konditionen).
- Ihr vorrangiges Ziel ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.
- Sie sind bestimmt für die Länder und Regionen, die auf der OECD-Liste zu finden sind.

Diese Liste enthält 164 Länder und Regionen, die sich "in Entwicklung" befinden, in Europa gehören hierzu Ex-Jugoslawien, Albanien, Moldova, Malta und Gibraltar.

Die **öffentliche Hilfe** orientiert sich an vier gleich bleibenden Kriterien, doch die Länderliste variiert: Es handelt sich um so genannte Übergangsländer, um 12 Länder Zentral- und Osteuropas (mit Russland) und 13 Entwicklungsländer und -regionen, die als fortgeschrittener betrachtet werden (darunter befinden sich Israel, Hong Kong, die Bahamas, Singapur).

Finanzierungsquellen und Instrumente (Mio Fr.)	2000			1999	
	APD bilateral	APD multilateral	Öffentliche Hilfe	Total	Total
Bund	1'039.5	439.3	96.1	1'575.0	1'559.6
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)	763.3	369.1	42.2	1'174.8	1'178.0
Humanitäre Hilfe	228.0	24.5	9.6	262.2	308.7
Entwicklungszusammenarbeit ¹⁾	489.7	344.6	1.5	835.8	799.1
Zusammenarbeit mit Osteuropa	45.6		31.0	76.7	70.1
Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)	169.2	27.9	52.0	249.2	207.1
Entwicklungszusammenarbeit	104.9	27.9		132.8	110.3
Zusammenarbeit mit Osteuropa	64.2		52.0	116.3	96.8
Andere Departemente	106.9	42.1	1.8	150.9	174.4
Kantone und Gemeinden	19.9		1.8	21.7	22.6
Humanitäre Hilfe	4.2		0.1	4.4	4.3
Entwicklungszusammenarbeit	15.6		1.7	17.3	18.2
Total	1'059.5	439.3	97.9	1'596.8	1'582.3
Davon: Humanitäre Hilfe	311.6	24.5	9.7	346.0	403.5
Entwicklungszusammenarbeit	637.9	414.7	5.1	1'057.7	1'011.8
Zusammenarbeit mit Osteuropa	109.9		83.1	193.0	166.9
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)	1'059.5	439.3		1'498.8	1'478.3
BSP				436'093	417'314
Anteil der APD am BSP				0.34 %	0.35 %
Öffentliche Hilfe			97.9	97.9	103.9

¹⁾ Die multilaterale finanzielle Zusammenarbeit (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und -fonds) ist eine "gemeinsame Aufgabe der DEZA und des seco" (Art. 8 Absatz 1 der Verordnung betreffend der Entwicklungszusammenarbeit vom 12.12.1977). Die entsprechenden Mittel sind im Budget der DEZA enthalten.

Grafik 1
Überblick der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2000

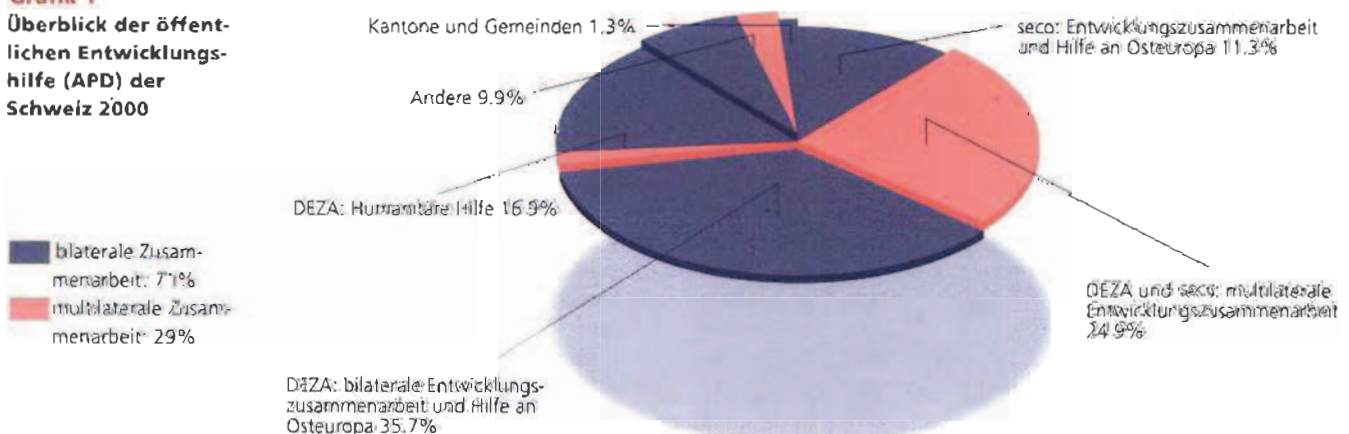


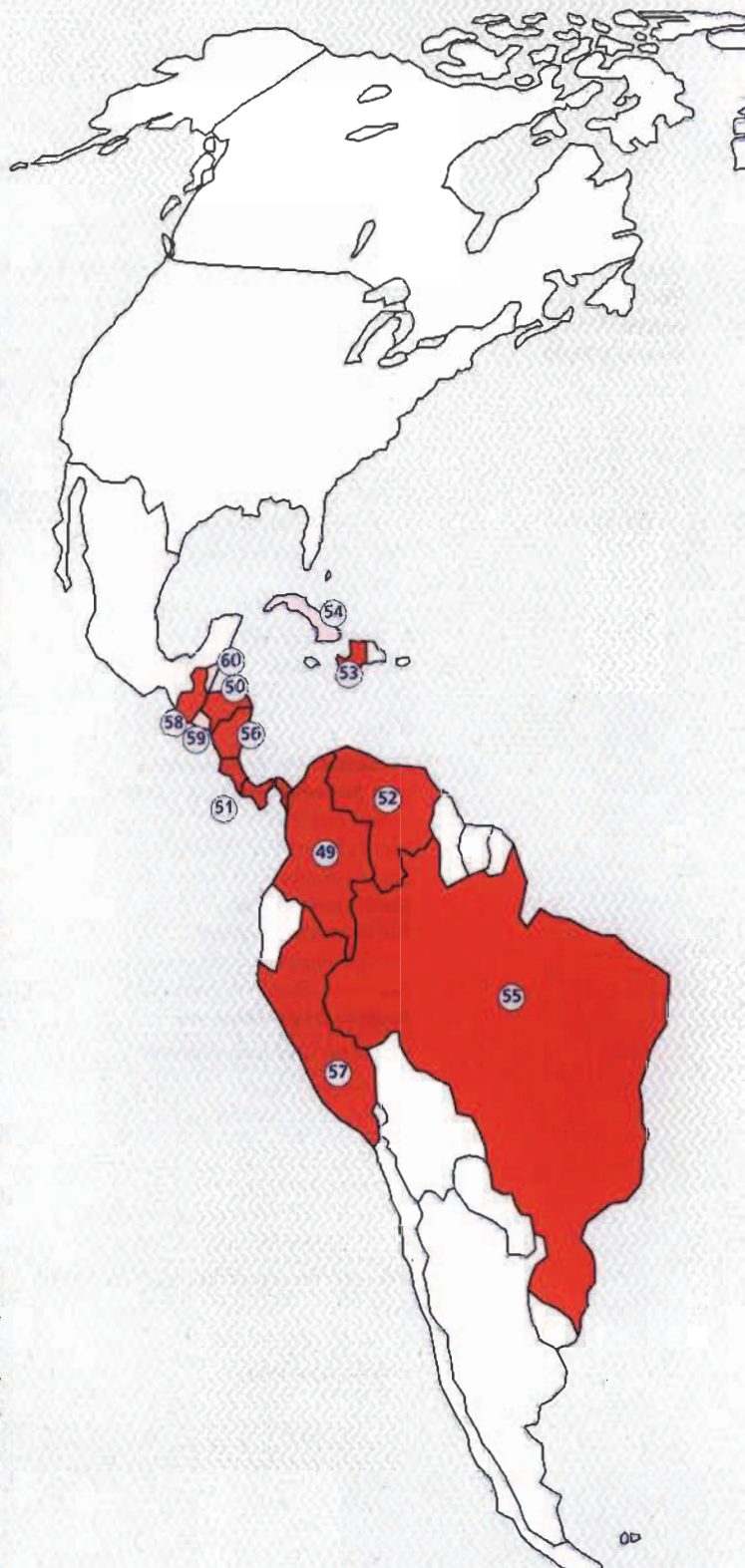
Tabelle 2

Humanitäre Hilfe des Bundes 1998-2000

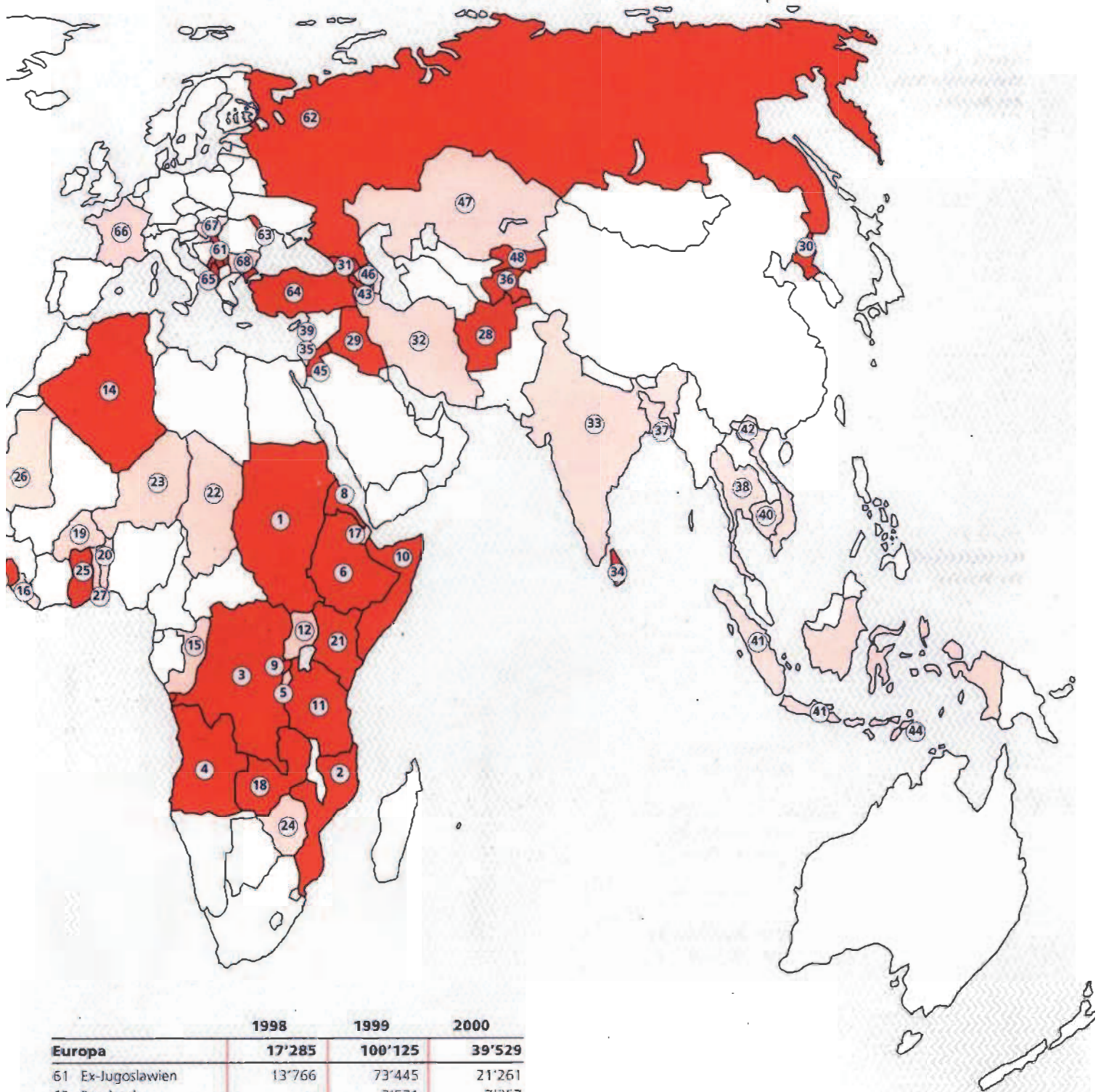
Aufteilung nach Kontinenten und Einsatzländern (Fr. in Tausend)

	1998	1999	2000
Afrika	62'652	59'227	60'873
1 Sudan	8'097	7'433	9'205
2 Mosambik	477	1'207	6'311
3 Kongo (D.R.)	2'748	5'418	6'140
4 Angola	7'397	8'642	5'859
5 Burundi	1'930	2'636	4'936
6 Äthiopien	5'643	3'429	4'636
7 Sierra Leone	2'722	4'328	4'337
8 Eritrea	1'880	2'591	2'415
9 Ruanda	4'681	6'996	2'320
10 Somalia	2'211	836	2'312
11 Tansania	1'825	3'253	2'272
12 Uganda	873	1'950	1'554
13 Guinea-Bissau	1'240	120	1'504
14 Algerien	1'113	1'958	1'425
15 Kongo (Rep.)	97	585	1'003
16 Liberia	2'945	2'977	757
17 Dschibuti	545	-	705
18 Sambia	338	323	552
19 Burkina Faso	823	283	534
20 Benin	2'021	457	502
21 Kenia	3'667	379	493
22 Tschad	152	35	231
23 Niger	1'294	36	184
24 Simbabwe	241	197	174
25 Ghana	320	393	159
26 Mauretanien	201	46	147
27 Togo	272	187	132
Regionale Projekte	1'318	42	50
Andere Länder	5'569	2'475	10

	1998	1999	2000
Asien/Mittlerer Osten	34'676	35'123	35'574
28 Afghanistan	4'304	3'882	6'606
29 Irak	2'128	4'628	5'933
30 Nordkorea	5'624	2'282	3'120
31 Georgien	3'819	4'548	2'692
32 Iran	505	1'803	2'413
33 Indien	533	1'706	1'796
34 Sri Lanka	1'715	1'605	1'724
35 Israel	200	250	1'500
36 Tadschikistan	2'758	2'995	1'375
37 Bangladesch	783	2'123	1'148
38 Thailand	1'826	1'068	959
39 Palästina	130	635	923
40 Kambodscha	1'353	25	901
41 Indonesien	288	1'887	782
42 Vietnam	72	168	730
43 Armenien	1'900	1'254	564
44 Timor	-	100	500
45 Jordanien	-	61	309
46 Aserbaidschan	1'281	1'335	295
47 Kasachstan	-	262	262
48 Kirgisistan	38	166	173
Andere Länder	5'409	2'330	862



	1998	1999	2000
Lateinamerika	14'470	15'448	12'938
49 Kolumbien	1'014	1'548	4'660
50 Honduras	39	1'483	2'702
51 Zentralamerika	3'702	3'000	1'412
52 Venezuela	-	740	918
53 Haiti	2'298	1'578	761
54 Kuba	1'435	2'059	702
55 Brasilien	1'635	1'052	523
56 Nicaragua	22	728	494
57 Peru	1'957	1'542	323
58 Guatemala	576	372	207
59 El Salvador	72	-	87
60 Belize	-	-	75
Andere Länder	1'717	1'342	66



	1998	1999	2000
Europa	17'285	100'125	39'529
61 Ex-Jugoslawien	13'766	73'445	21'261
62 Russland	-	3'571	7'357
63 Moldova	-	-	1'890
64 Türkei	30	3'170	1'479
65 Albanien	1'508	15'670	1'292
66 Frankreich	-	82	634
67 Ungarn	-	-	340
68 Bulgarien	32	317	313
Andere Länder	1'946	3'868	4'959
Geografisch nicht aufgeteilt^{a)}	74'895	77'145	89'372
Multilaterale Beiträge	20'104	21'845	24'593
Total humanitäre Hilfe	224'085	308'915	262'881

■ Direkte Einsätze und Unterstützung von Partnerorganisationen
■ Unterstützung von Partnerorganisationen

^{a)} Beinhaltet den ordentlichen Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Tabelle 3
Humanitäre Hilfe
des Bundes

	1999 Mio Fr.	2000 Mio Fr.
Schweizerisches Katastrophenhilfekorps (SKH)	74.6	34.7
Beiträge an internationale Organisationen und schweizerische NGOs	202.3	197.1
Nahrungsmittelhilfe	31.9	30.9
Total humanitäre Hilfe	308.9	262.8

Grafik 2
Humanitäre Hilfe
des Bundes

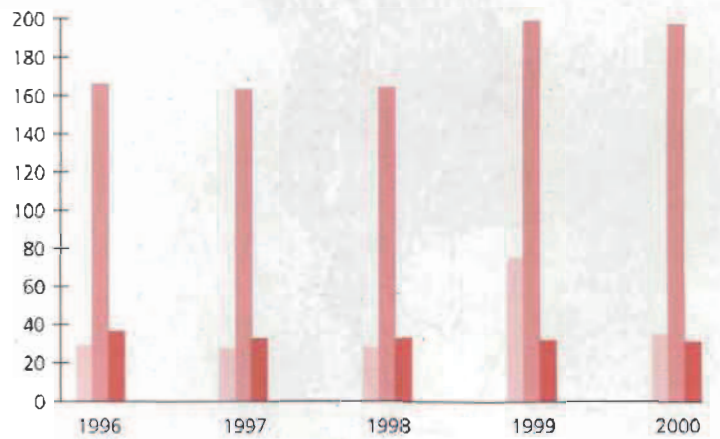
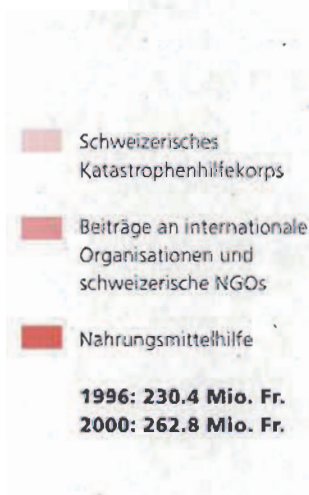


Tabelle 4

Humanitäre Hilfe
des Bundes

**Beiträge an UNO-
Organisationen, das
IKRK und schweizeri-
sche NGOs**

	2000				
	Allgemeine Beiträge Mio Fr.	Ausser- ordentliche Beiträge Mio Fr.	SKH Mio Fr.	Nahrungs- mittelhilfe Mio Fr.	Total Mio Fr.
Direkte Aktionen des SKH	-	-	34.7	0.7	35.5
Internationale Organisationen	24.5	34.5	-	20.3	79.4
Weiternährungsprogramm (WFP)	1.5	9.1	-	19.8	30.5
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	13.0	9.0	-	-	22.1
UNO-Hilfswerk für Palästina- Flüchtlinge (UNRWA)	9.2	-	-	-	9.2
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA)	0.2	4.2	-	-	4.5
Internationale Organisation für Migrationen (IOM)	0.5	1.0	-	-	1.5
Andere Entwicklungsorganisationen der UNO	-	11.0	-	0.4	11.5
Rotkreuz-Organisationen	67.2	41.1	-	0.3	108.7
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	67.2	34.3	-	-	101.5
Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK)	-	6.8	-	0.3	7.1
Schweizerische NGOs	-	29.4	-	9.5	38.9
Caritas	-	3.2	-	3.6	6.9
Terre des Hommes Lausanne	-	3.1	-	0.7	3.8
Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	-	1.4	-	0.6	2.1
Médecins sans Frontières (MSF)	-	0.9	-	-	0.9
ADRA	-	0.8	-	0.6	1.5
Medair	-	1.3	-	-	1.3
Heilsarmee	-	0.2	-	1.1	1.3
Andere NGOs und direkte Aktionen	-	18.1	-	2.7	20.9
Total humanitäre Hilfe	91.8	105.1	34.7	30.9	262.7

Tabelle 5

Humanitäre Hilfe
des Bundes

**Die wichtigsten
Einsätze des
Schweizerischen
Katastrophenhilfe-
korps (SKH)
2000**

Land	Grund des Einsatzes	Art der Hilfe	Partner	Einsätze von SKH-Angehörigen
Afrika				
Äthiopien	Krieg	Krisenprävention, Ernährungssicherheit	UNDP	4
Angola	Bürgerkrieg	Nothilfe, logistische Unterstützung	IKRK, KoBü	5
Burkina Faso	Prävention	Evaluation	WHO	1
Kongo (D.R.)	Rebellion	Instandstellung Infrastrukturen	NGOs, WHO	3
Djibouti	Flüchtlinge	Strassensanierung	WFP	2
Eritrea	Krieg	Nothilfe	UNDP, WFP	3
Ghana	Dürre	Trinkwasser-Versorgung	lokale Behörden	3
Kenia	Nachkriegsphase	Koordination humanitäre Hilfe "Grands Lacs"	UNHCR	1
Liberia	Rückkehr Flüchtlinge	Strassensanierung	WFP	2
Madagaskar	Überschwemmung	Nothilfe	WFP	2
Mosambik	Überschwemmung	Humanitäre Hilfe	KoBü	8
Ruanda	Rückkehr Flüchtlinge	Medizinische Ausbildung, Wiederaufbau	KoBü, lokale Behörden	4
Sierra Leone	Rückkehr Flüchtlinge	Nothilfe	UNHCR	2
Sudan	Bürgerkrieg	Trinkwasser-Versorgung, Gesundheit, Nahrungsmittel	UNICEF, WFP	8
Tansania	Flüchtlinge	Alternativenergie, Nahrungshilfe	UNHCR	1
Tunesien	Prävention	INSARAG, Reg. Gruppe Europa/Afrika	OCHA	3
Mittlerer Osten				
Irak	Golfkrieg	"Monitoring" Hilfsprogramm	Caritas	1
Jordanien	Flüchtlinge	Reformprozess UNRWA	Regierung	2
Libanon	Flüchtlinge	"Assessment Mission"	UNRWA	1
Syrien	Flüchtlinge	Planung "Camp Rehabilitation"	UNRWA	9
Zentralasien/Asien				
Afghanistan	Flüchtlinge	Repatriierung Flüchtlinge	IOM, lokale Behörden	2
Indien	Zyklon	Evaluation/Wiederaufbau	Lokale Behörden	1
Indonesien	Erdbeben	Evaluation	UNDAC	2
Kirgisistan	Konfliktprävention	"Monitoring" Humanitäre Hilfe des Bundes	KoBü	1
Pakistan	Prävention	Evaluation	WHO	2
Sri Lanka	Bürgerkrieg	Evaluation	KoBü	1
Usbekistan	Epidemien	Prävention	WHO	11
Lateinamerika				
Brasilien	Kinderprogramme	Evaluation Brasili	Lokale Behörden	2
Haiti	Strukturelle Krise	Instandstellung Spitäler, Evaluation	NGOs	3
Honduras	Wirbelsturm Mitch	Wiederaufbau, Prävention	UNDP, KoBü	5
Kolumbien	Flüchtlinge	Koordination Programm für Gewaltvertriebene im Osten	Lokale Behörden	2
Nicaragua	Wirbelsturm Mitch	Wiederaufbau, Prävention	UNDP, KoBü	3
Petru	Prävention/Geodynamische Gefahren	Prävention	Lokale Partner	1
Venezuela	Überschwemmung	Prävention	UNDP	5

Europa und GUS				
Albanien	Flüchtlinge	Wintersichere Unterkünfte, Rehab. Schulen, "Cash for Shelter", Kleinprojekte Wiederaufbau, Wasseraufbereitung	NGOs, HEKS, UNHCR, Regierung	9
Bosnien-Herzegowina	Nachkriegsphase	Wiederaufbau, Wiedereingliederung	UNHCR, Regierung	12
BRJ Montenegro	Nachkriegsphase	Wiederaufbau	UNHCR, UNICEF	2
BRJ Serbien	Nachkriegsphase	Wiederaufbau, Nothilfe, "Cash for Shelter", Wiedereingliederung	UNHCR, UNEP, NGOs	39
Frankreich	Lothar	Stromversorgung	Lokale Partner	1
Georgien	Nachkriegsphase	Wiederaufbau Schulhäuser	Lokale Behörden, UNHCR	4
Kosovo	Nachkriegsphase	Nothilfe, Wiederaufbau	BFF, UNMIK	52
Kroatien	Flüchtlinge, Nachkriegsphase	Wiederaufbau	Lokale Behörden	2
Mazedonien	Flüchtlinge	"Cash for Shelter", Kleinprojekte Bau, Wasser	UNHCR, NGOs	2
Moldova	Strukturelle Krise	Trinkwasser-Versorgung, Nothilfe	Regierung, lokale Behörden	9
Russische Föderation	Nachkriegsphase	"Cash for Shelter"	UNHCR	6
Rumänien	Umweltkatastrophe	"Assessment"	OCHA	3
Slowenien	Internationale Zusammenarbeit	Evaluation Rettungsketteneinsätze	IRO	2
Türkei	Erdbeben	Vorbeugung und Vorsorge-Programme	Lokale Behörden	17
Ukraine	Überschwemmung	Prävention, Unterstützung KoBü, Wiederaufbau Dämme	KoBü	5
Ungarn	Überschwemmung, Umweltkatastrophe	Umwelt-Prävention	UNEP, OCHA	9

Total 280 Einsätze in 50 Ländern

Im Jahr 2000 wurden insgesamt 365 Einsatzverträge abgeschlossen. Nur 280 von ihnen bezogen sich auf Auslandseinsätze. Im Rahmen der übrigen Verträge wurden Arbeiten zugunsten von Projekten im Ausland in der Schweiz ausgeführt.

Abkürzungen: BFF: Bundesamt für Flüchtlinge - HEKS: Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz - IKRK: Internationales Komitee vom Roten Kreuz - IOM: Internationale Organisation für Migrationen - IRO: Internationale Rettungshunde Organisation - KoBü: Koordinationsbüro der DEZA - NGO: Nicht-Regierungsorganisation - OCHA: UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten - UNDAC: United Nations Disaster Assessment and Coordination - UNDP: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen - UNEP: UNO-Umweltprogramm - UNHCR: UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge - UNICEF: UNO-Kinderhilfsfonds - UNMIK: Übergangsmission der UNO im Kosovo - UNRWA: UNO-Hilfswerk für Palastina-Flüchtlinge - WFP: UNO-Welt-ernährungsprogramm - WHO: UNO-Weltgesundheitsorganisation

Tabelle 6
Humanitäre Hilfe
des Bundes
**Nahrungsmittelhilfe
nach Produkten**

	2000	
	Mengen in Tonnen	Mio Fr.
Schweizerische Milchprodukte	2'558	17.0
Vollmilchpulver	621	
Milchpulver (entrahmt)	921	
Schmelzkäse	266	
Andere	750	
Getreide	21'962	14.0
Reis	4'721	
Maas	5'396	
Weizen und Mehl	11'845	
Total Nahrungsmittelhilfe	24'520	31.0



Herausgeber

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit (DEZA),
Eidg. Departement für auswärtige
Angelegenheiten (EDA), 3003 Bern
Tel.: 031 322 44 12
Fax: 031 324 13 48
Internet: www.deza.admin.ch
www.skit.ch
E-mail: info@deza.admin.ch

Gestaltung

Etter Grafik, Zürich

Text

Ariane Geiser, Neuenburg

Statistiken

Etienne Dollfus, DEZA
Christiane Salzerger, DEZA

Redaktion/Koordination

Catherine Vuffray, DEZA

Fotos

Keystone (Umschlag und Innenseiten)

50:103

ISBN 3-905398-81-8



DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT **DEZA**
DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION **DDC**
DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE **DSC**
SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION **SDC**
AGENCIA SUIZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN **COSUDE**